

# **KOMMUNALWAHL 2014**

## **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

### **Bergisch Gladbach**

#### **Unser Programm 2014 bis 2020**

***Zeit für Grün –  
Zeit für Veränderung***



# Kommunalwahl 2014 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Programm 2014 bis 2020

beschlossen durch die OMV  
Bergisch Gladbach am 08.02.2014

Inhalt	Seite
I. <b>Verkehr</b> .....	4
II. <b>Stadtplanung</b> .....	7
III. <b>Jugend und Soziales</b> .....	9
Jugend	
Kinder	
Soziales	
Seniorinnen und Senioren	
Migrantinnen und Migranten	
Menschen mit Behinderung	
IV. <b>Schule, Kultur und Sport</b> .....	12
Schule	
Kultur	
Gleichstellung von Frau und Mann	
Sport	
V. <b>Ökologie und Ökonomie</b> .....	17
Natur und Landschaft	
Blühstreifen und Blühflächen	
Verbraucherschutz	
Umweltschutz	
Gewässer	
Abwasser	
Tier- und Artenschutz	
Energie	
VI. <b>Wirtschaft</b> .....	23
VII. <b>Finanzen</b> .....	24
VIII. <b>Verwaltung</b> .....	26
Weitere Kandidatinnen und Kandidaten .....	2 und 27
Karte der Wahlbezirke.....	14 und 15

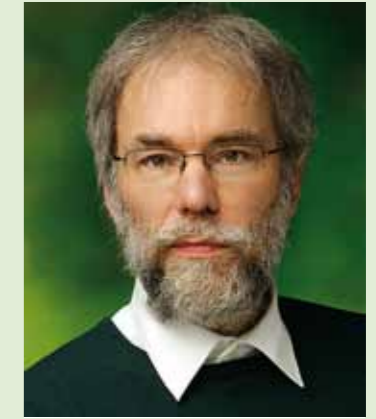
# „Verantwortung übernehmen – Zukunft gestalten“ Die Köpfe zum Programm



**Sarah Bähler**  
Vorsitzende Ortsverband



**Dirk Steinbüchel**  
Vorsitzender Ortsverband



**Dr. Peter Baeumle-Courth**  
Unser Bürgermeisterkandidat

**Liebe Bürgerinnen und Bürger in Bergisch Gladbach,**  
wir Grüne machen seit vielen Jahren eine verlässliche und glaubwürdige Politik in Bergisch Gladbach. Eine Politik, die für den Gleichklang von sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Verantwortung sorgt. Sozialpolitik bedeutet für uns auch einen menschenwürdigen Umgang mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir setzen uns für den Schutz der Natur und Umwelt, den Erhalt der ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft und den Tierschutz ein. Wir machen uns stark für offene Jugendarbeit, für ein kinderfreundliches Bergisch Gladbach sowie für eine frauenfreundliche Stadtplanung. Investitionen in Kultur und Sport finden unsere Unterstützung. Wir Grüne treten für die Konsolidierung des Haushaltes ein, lehnen aber Einschnitte insbesondere im Sozial-, Jugend- und Schulhaushalt ab. Beides sind wir zukünftigen Generationen schuldig!

Auf unserer Reserveliste wenden wir Grüne eine 50%ige Frauenquote an, was bedeutet, dass je zur Hälfte der Ratsmandate von Frauen und Männern besetzt werden.  
Sarah Bähler  
Dirk Steinbüchel  
Vorsitzende/r des Ortsverbandes Bergisch Gladbach  
Peter Baeumle-Courth  
**Liebe Mitmenschen in Bergisch Gladbach,**  
mit großer Freude stelle ich mich bei der bevorstehenden Kommunalwahl am 25. Mai 2014 zur Wahl als Bürgermeister.  
Bei der künftigen Politik geht es für mich auch darum, aus den Fehlern, die in der Stadt Bergisch Gladbach in der Vergangenheit gemacht wurden, zu lernen.  
Das bedeutet: Wir brauchen eine seriöse und nachhaltige Politik, bei der soziale, ökologische und ökonomische Kriterien sorgfältig abgewogen werden. Also den Menschen

in seiner Umwelt – der natürlichen wie der Welt der Arbeit – wahr und ernst zu nehmen.  
Kommunalpolitik wird immer mehr zur Kunst. Der Kunst, ausgeglichene Finanzen mit einer lebenswerten Stadt zu vereinbaren, weil wir dies den nachfolgenden Generationen schuldig sind. Bildung den Vorrang zu geben, weil wir dies den nachfolgenden Generationen schuldig sind. Der Wirtschaft Raum zu geben, weil nur mit den entsprechenden Einnahmen eine solche Politik finanzierbar ist. Und dabei die Menschen nicht zu vergessen, die nicht privilegiert sind.  
Klar, dass hier Kompromisse notwendig sind. Als Bürgermeister möchte ich mich dafür einsetzen, dass es zu möglichst guten Kompromissen mit allen Beteiligten kommt.  
Herzlichst  
Peter Baeumle-Courth



**Impressum:**

Herausgegeben von:  
**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
Ortsverband Bergisch Gladbach  
Paffrather Straße 84  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon: 02202-25 78 74  
Fax: 02202-25 78 75  
E-Mail: info@gruene-bergischgladbach.de  
Net: www.gruene-bergischgladbach.de  
Layout: Helmut Schmidt  
Fotografien:  
Kandidatenfotos:  
Franz Hamm Foto (Biesfeld),  
Bildmotive:  
Helmut Schmidt und von privat  
Druck: Druckerei Hans-Jürgen Weber, Köln  
Dieses Produkt wurde auf umweltfreundlichem Papier gedruckt!  
V.i.S.d.P.:  
Sarah Bähler, Dirk Steinbüchel



## Ein nachhaltig gesteuerter Verkehr sichert Arbeitsplätze und Lebensqualität



Edeltraud Schundau

### Bestandsaufnahme

Verkehrsprobleme prägen nach wie vor das Bild der Straßen. Die Belastung durch Lärm, Staub und Abgase ist konstant hoch. Die rein KFZ-orientierte Lösung der Verkehrsprobleme ist weder finanzierbar noch gegen betroffene Anrainer durchzusetzen. Das Rad- und Fußwegenetz ist lückenhaft und im schlechten Zustand. Der Ausbau des öffentlichen Personen-Nahverkehrs (ÖPNV) lässt weiter auf sich warten. Auch das Ziel der Senkung des CO<sub>2</sub>-, Feinstaub- und Stickoxid-Ausstoßes ist im Verkehrsbereich nicht im Ansatz erreicht worden. Wir wollen daher einen Verkehrsverbund aller Verkehrsträger, der die Bewegungsfreiheit aller Bürgerinnen und Bürger, ihre Lebensqualität und Arbeitsplätze sichert. Und auch wenn die Stadt Bergisch Gladbach dies nicht in ihren Händen hat: Der vor allem nächtliche Fluglärm ist schon lange Zeit ein großes Problem, das sich durch die weitere Zunahme des Flugverkehrs erneut verschärft hat.

1. Die Verkehrsplanung wird in Zukunft als „integrierte Verkehrsplanung“ gestaltet. Es darf keine Planung von Siedlungs- und Gewerbegebieten mehr geben, ohne den Nachweis der Anbindung an alle Verkehrsträger. Bei Umbaumaßnahmen am bestehenden Straßennetz müssen Kraftverkehr,

ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger von Anfang an gleichberechtigt mit berücksichtigt werden.

2. Das vorhandene Straßennetz soll von Verkehr entlastet werden, der wirkungsvoller vom öffentlichen Nahverkehr und dem Fahrrad übernommen werden könnte. Beim öffentlichen Personen-Nahverkehr wird ein Anteil von ca. 30% am Gesamtverkehr angestrebt, beim Radverkehr ca. 15%.

3. Ausgewählte Verkehrsflächen in den Zentren (z.B. der alte Markt in Bensberg) sollen wieder lebenswert und multifunktional werden. Speziell in Bensberg werden Aufstiegshilfen gebraucht.

4. Die gesundheitsschädliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch Abgase, Staub und Lärm infolge des Autoverkehrs soll flächendeckend wieder auf ein erträgliches Maß verringert werden.

5. Wir wollen sichere, moderne und komfortable Fahrzeuge im ÖPNV mit Alternativantrieb (Wasserstoff oder Elektroantrieb).

6. Die auf Bergisch Gladbach einwirkenden Belastungen durch den Flugverkehr des Köln-Bonner Flughafens müssen ganz erheblich reduziert werden!



Wir fordern das 2. Gleis für die S-Bahnverbindung nach Köln

### Maßnahmenkatalog für den öffentlichen Personen-Nahverkehr

1. Das Rückgrat des ÖPNV bilden die Schienenstrecken. Die S-Bahnlinie muss zweigleisig bis GL-Mitte ausgebaut werden.

2. Auf allen Hauptstraßen von regionaler Bedeutung verkehren große Regionalbusse. Die Feinverteilung des Verkehrs erfolgt über kleine Stadtbusse.

3. Der Grundtakt auf allen Strecken in den Hauptverkehrszeiten ist der 20 Min.-Takt. Auf einigen Hauptstrecken wird er auf einen 10 Min.-Takt verdichtet. In den Nebenverkehrs- bzw. Schwachverkehrszeiten wird auf einen 30 Min.-Takt bzw. auf einen 60 Min.-Takt umgestellt (auf den o.g. Hauptstrecken gegebenenfalls auf einen 15 Min.-Takt).

4. Begleitende Einrichtungen (Fahrradabstellplätze, Schließfächer in den Einkaufszentren etc.) sollen die Attraktivität des ÖPNV abrunden. Die Fahrzeuge sollen komfortabel (Klimaanlagen), benutzerfreundlich und sicher werden.

5. Am Abend und an Wochenenden wird das Nachtbusssystem z.B. nach dem Vorbild von Leverkusen, Wuppertal, Dortmund u.a. vervollständigt.

6. Es wird angestrebt, für alle Nutzer des ÖPNV verbilligte Anschlussstaxen anzubieten. Das System wird – wo bzw. wann nötig – durch Anrufsammeltaxen ergänzt. Die Taxen werden als Teil des ÖPNV angesehen. Dementsprechend dürfen sie die Sonderspuren des ÖPNV für Fahrten benutzen.

7. Alle Einrichtungen und Verkehrsmittel des ÖPNV werden behinderten- und familiengerecht gestaltet.

8. Es wird auf die Nahverkehrsunternehmen eingewirkt, damit in Zukunft abgasarme, leise und klimaschonende Antriebstechniken (wasserstoffbetrieben oder elektrobetrieben) eingesetzt werden. Gleiches gilt für den städtischen Fuhrpark.

9. Freie Benutzung des ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger durch Zahlung einer jährlichen Gebühr.



### Maßnahmenkatalog für den Güterverkehr

1. Das Rückgrat des Güterverkehrs bildet eine zweigleisig ausgebaute Bahnstrecke nach Dellbrück. Der Güterbahnhof Bergisch Gladbach, der alte Abzweig in das Gewerbegebiet West sowie die alte Bahnstrecke von Bergisch Gladbach Richtung Bensberg mit dem Güterbahnhof Zinkhütte und dem Zanders Güterterminal, ergänzen die Güterverkehrsinfrastruktur. Hier werden dezentrale Umladestellen eingerichtet, in denen Container u.a. Behälter bzw. Stückgüter betriebsnah umgeschlagen werden können.

2. An ein bis zwei Stellen werden Umlademöglichkeiten für eine Citylogistik geschaffen. Hier bietet sich vor allem der Güterbahnhof Zinkhütte und das zukünftige Gewerbegebiet Bockenberg an.

3. Der Betrieb der Umladestellen soll von einer oder mehreren Gesellschaften übernommen werden, an der die Spediteure der Stadt beteiligt werden sollen.

### Maßnahmenkatalog für den motorisierten Verkehr

1. Zur Verminderung der Lärm-, Abgas- und Staubbelastung wird in Wohngebieten eine Tempo-30-Zone die Regel.

2. Die Bewirtschaftung der innerstädtischen Parkplätze soll die Stadtverkehrsgesellschaft übernehmen. Eine wirtschaftliche Beteiligung durch die Grundeigner in den Zentren wird angestrebt

6. Die Nutzung der Bahndammtrasse für eine Anbindung an die A4 lehnen wir strikt ab. Sie ist verkehrlich unsinnig und mit ca. 115 Mio. Euro für die Bahndammstraße und ca. 28 Mio. Euro für die Verbreiterung der A 4 auf 6 Spuren ab Kaule/Frankenforst mit ca. 143 Mio. Euro Gesamtkosten eine reine Geldverschwendung.

7. Die Versetzung des denkmalgeschützten Waatsacks lehnen wir ab. Der zu erwartende Gesamtaufwand zur Veränderung der Kreuzung Odenthaler Straße Hauptstraße in Höhe von 2 Mio. Euro zur Schaffung von zwei zusätzlichen Fahrspuren ist nicht zu verantworten.

### Maßnahmenkatalog für den Radverkehr

1. Die Radverkehrsführung darf kein Flickenteppich bleiben, sondern muss zu einem geschlossenen Netz ausgebaut werden. Besonderes Augenmerk muss auf die Sicherung der Schulwege gelegt werden.

2. Tempo-30-Zonen und verkehrsberuhigte Zonen sorgen in den Wohngebieten für ein sicheres Miteinander der verschiedenen Verkehrsteilnehmer. Auf Hauptstraßen werden auch auf den Bürgersteigen Gelegenheiten zum sicheren Radfahren geboten.

3. Wo möglich wird das Netz der Fahrradwege durch Wege außerhalb der Hauptstraßen ergänzt. Bestehende Radwege müssen ganzjährig so gut gepflegt werden, dass sie keine Gefahr für die Radfahrer darstellen.

4. An allen Stellen mit Publikumsverkehr werden Fahrradabstellanlagen errichtet. Zentrale Anlagen in den Zentren sowie an den Schienenverkehrshaltepunkten werden mit abschließbaren Boxen sowie Schließfächern ausgestattet. Vor allem am S-Bahnhof in Bergisch Gladbach soll dies in Form einer „Fahrradstation“ mit überwachtem Parkhaus und Reparaturwerkstatt geschehen. Hier sollen auch Ausleihmöglichkeiten und Ladestationen für Pedelecs und E-Bikes entstehen.

5. Einbahnstraßen und Fußgängerzonen werden – wo möglich – in beide Richtungen für Radfahrer geöffnet.



Fahrradgerechter Kreisverkehr in Groningen, Holland.

Foto: Roland Schundau

6. Der Transport von Rädern in Fahrzeugen des ÖPNV wird soweit wie möglich erleichtert.

7. Die Einrichtung der Stelle eines Fahrradbeauftragten ist dringend notwendig.

**Maßnahmenkatalog für den fußläufigen Verkehr**

1. An Bächen, in Grünzügen und Wohngebieten der Stadt wird ein durchgehendes Netz von straßenunabhängigen Fußwegen geschaffen (Strundeweg, Weg am Saaler Mühlenbach, Hebborner Bach-Weg u.a.).

2. Alle Wege für Fußgänger werden von Hindernissen befreit (Pfähle, Masten etc.) und barrierefrei gestaltet. Sie werden beleuchtet sowie regelmäßig gereinigt und instand gesetzt.

**Ergänzende städtebauliche Maßnahmen**

1. Autoarmes Wohnen soll in Planverfahren stärker als bisher berücksichtigt werden.

2. Die gemeinschaftliche Nutzung von PKW (Car-Sharing) wird durch die Bereitstellung von Stellplätzen gefördert.

3. Sicherheitsaspekte, die vor allem Frauen und ältere Menschen betreffen, werden von Anfang an bei der Verkehrsplanung berücksichtigt. Dies bedeutet vor allem, dass keine nicht einsehbaren Bereiche im Umfeld von Haltepunkten mehr entstehen dürfen.

**Kostenbilanz**

Durch eine Verkehrsverlagerung auf andere Verkehrsträger wäre ein Anstieg

des Anteils des ÖPNV am Gesamtverkehr um 4 % auf 12 bis 14% möglich. Ein darüber hinausgehender Ausbau der schienengebundenen Verkehrsträger samt dem Bau der Haltepunkte würde im Stadtgebiet Bergisch Gladbach maximal 50 Mio. Euro kosten. Dies mag heute illusorisch erscheinen, darf aber als Denkooption gelten und muss durch die Freihaltung der dafür notwendigen Trassen für zukünftige Generationen möglich bleiben. Eine ÖPNV-orientierte Lösung unserer Personenverkehrsprobleme sowie eine Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene wäre sowohl für Stadt (und Land) als auch für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger die deutlich kostengünstigere Lösung. Zudem würden die Bürgerinnen und Bürger an den Hauptstraßen spürbar von Staub, Abgasen und Lärm entlastet und weitere Störungen durch neue Straßen vermieden.



Eine Alternative: Carsharing neben dem Rathaus am Konrad-Adenauer-Platz

**Maßnahmen zum Flugverkehr**

Bereits seit 1986 gelten für Wohn- und Kleinsiedlungsgebiete Immissionsgrenzwerte von max. 70 dB(A) während des Tages und 60 dB(A) während der Nacht. Diese Grenzwerte sind einzuhalten, die Einhaltung muss überwacht werden! Wir fordern an geeigneter Stelle im Stadtgebiet, beispielsweise Refrath, Frankenforst oder Bensberg, eine große Informationstafel mit stets aktuellen Lärmesswerten. Grundlage dieser Anzeige müssen Messwerte einer eigenen Messstelle sein. Hierbei sind auf alle Fälle auch der 8-Nachtstunden-Mittelungspegel, die Flughäufigkeit sowie die maximalen Pegelwerte anzuzeigen. Dazu regen wir an, einen Vergleich mit den offiziellen Fluglärmkarten des Flughafenbetreibers durchzuführen. Hierzu wäre es ganz besonders aufschlussreich, zusätzlich die Daten der Flugaufsicht über alle Flugbewegungen von und nach Köln-Bonn (Zeiten, Flughöhen-Änderungen, Positionen-Änderungen, Geschwindigkeiten-Änderungen, Steig- und Kurvenflug) einzuholen und auszuwerten. Nur so kann wirksam überprüft werden, ob die vorgeschriebenen Flugkorridore und Flughöhen tatsächlich eingehalten werden. Das begonnene Verfahren bzgl. des Nachtflugverbots (Kernruhezeit) muss unterstützt werden.

**Bergisch Gladbach, eine kleine grüne Großstadt am Rand des Großraums Köln**



Dirk Steimbüchel

**Rahmenbedingungen**

Bergisch Gladbach hat sich auf dem Weg zu seinem heutigen Stadtbild den Charakter einer grünen Stadt erhalten können. Noch gibt es funktionsfähige Grünzüge zwischen den Haupt- und Unterzentren und in einigen Teilen der Stadt hat sich Bergisch Gladbach bis heute den Charakter einer grünen Großstadt erhalten. Beides wollen wir für die Zukunft sichern.

Bergisch Gladbach ist keine reine Schlafstadt für den Großraum Köln, sondern hat viel eigenes Gewerbe und ein eigenes wirtschaftliches Profil. Dadurch bedingt ist unsere Stadt auch geprägt durch viele einzelne Gewerbegebiete, welche über das gesamte Stadtgebiet verteilt liegen.

Wir Grünen wollen eine nachhaltige Siedlungsentwicklung mit einem deutlichen Schwerpunkt auf Innenentwicklung statt Außenbereichserweiterung, denn Flächen sind eine endliche Ressource. Wir wollen keinen Stillstand, sondern eine gezielte Umformung der bestehenden Zentren. Hierbei sind möglichst die Interessen aller zu berücksichtigen und nicht nur die von Investoren.

**Ziele**

1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Mäßigung in der Ausweitung von Wohn-, Gewerbe- und Verkehrsflächen, um außerhalb der Zentren den Charakter einer grünen Stadt zu erhalten. Der stetige Flächenverbrauch muss zügig verringert werden.



Das symbolische Mühlenrad, Marktplatz Bergisch Gladbach

Luftbild: Peter Mattes

2. In allen Siedlungsteilen wird eine lebendige Mischung aller Daseinsgrundfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgung, Bildung und Erholung) angestrebt. Dies sorgt für kurze Wege und verringert belastenden Verkehr. Lediglich extrem störende Funktionen – wie stark emittierendes Gewerbe oder Industrie sollen in Industrie- und Gewerbegebieten ihren Platz finden.

3. Die Siedlungsentwicklung berücksichtigt ganzheitlich ökologische, ökonomische und soziale Aspekte. Darum muss die Stadt stärker als bisher vorausschauend und steuernd in den Siedlungsprozess eingreifen. Die Verringerung des Energieverbrauchs, das gesunde Wohnen, integ-

rative Siedlungen, kurze Wege u.ä. sollen im Vordergrund stehen.

4. Die Stadt Bergisch Gladbach soll stärker als bisher ihre Funktion als Mittelzentrum erfüllen können und für alle Bevölkerungsgruppen, insbesondere für Jugendliche, Familien und Seniorinnen und Senioren attraktiver gestaltet werden.

5. Die beim Ausweis neuer Siedlungs- und Gewerbeflächen möglichen Gewinne und Wertsteigerungen sind abzuschöpfen und für den Ausbau der Infrastruktur unter dem Stichwort „soziale Bodennutzung“ zu verwenden.

**Maßnahmen**

1. Die Stadt Bergisch Gladbach verzichtet auf weitere größere Siedlungsflächen im Außenbereich über die im Regionalplan bereits dargestellten Flächen hinaus. Bei Neubauten ist der vorgeschriebene Abstand zu Gewässern einzuhalten, um Schäden durch Überschwemmungen zu vermeiden und den Gewässern Platz zur ungestörten und möglichst naturnahen Entwicklung zu geben.

Flächen zu sichern und zu vergrößern. Zur besseren Koordination der Flächennutzungen wird ein Gewerbeflächenkataster geführt.

5. Neue Gewerbegebiete sind gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu entwickeln, beispielsweise IT-orientiertes Gewerbe auf dem Campus Gronau, verkehrsorientiertes Gewerbe rund um die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt). Gewerbe mit star-

8. Zur Verbesserung des Stadtklimas werden alle Möglichkeiten der Bauleitplanung genutzt, so sind Gebäude für die Nutzung der Solarenergie optimal auszurichten. Freiluftschneisen und Grünzüge im Innenstadtbereich sind zu erhalten. Auch Fassaden- und Dachbegrünungen sollen bei der Planung neuer Gebäude oder bei der Sanierung von bestehenden Gebäuden stärker berücksichtigt werden.

9. Verdichtungspotenzial sehen wir in der maßvollen Erschließung von Baulücken, der Vermarktung von leerstehenden Gebäuden und untergenutzten Gewerbeflächen sowie in der Nutzung alter aufgegebener Industriegebiete wie z.B. dem Köttgen-Gelände. Eine Erschließung des Köttgen-Geländes mit Wohnbebauung und nicht störendem Gewerbe ist ein anschauliches Beispiel für zentrumsnahes Wohnen und Arbeiten mit hervorragendem ÖPNV-Anschluss.

**Kostenbilanz**

Ökologische Stadtentwicklung erfordert nicht einen höheren, aber einen bewussteren Mitteleinsatz, und sie geht nicht zu Lasten der Allgemeinheit, sondern leistet nachhaltigen Schutz für ein menschengerechtes Wohn- und Arbeitsumfeld.

Die grüne Stadtstruktur Bergisch Gladbachs ist zu erhalten, da diese eine große Bedeutung für das städtische Klima hat und unsere Stadt zusätzlich attraktiv macht. Damit kann auch die Steuer- und Kaufkraft in der Stadt erhalten bzw. erhöht werden, da die Wohn- und Lebensqualität gestärkt wird.

Attraktive Zentren binden Kaufkraft und Kaufkraft bedeutet Arbeitsplätze vor Ort. Attraktivität ist mehr als viele Geschäfte auf engem Raum. Sie entsteht aus einer Fülle von Einzelelementen (z.B. Gastronomie, Raum für Kultur, gut ausgestattete Spielplätze, ansprechende Angebote für Jugendliche), zu denen aber auch attraktive Grünzüge und schöne Bauten gehören. Ein Zentrum muss auch nach Ladenschluss leben. Wir setzen auf Qualität, diese zählt mehr als Quantität.

kem Lieferverkehr sollte der vorhandene Bahnanschluss angeboten werden.

6. Mittels einer verstärkten Ausübung der städtischen Vorkaufsrechte soll eine aktive Flächenpolitik betrieben und gleichzeitig die wirtschaftliche Situation der Gemeinde verbessert werden.

7. Zum Schutz der Zentren ist das bereits vorliegende Einzelhandelskonzept der Stadt Bergisch Gladbach umgehend zu beschließen und umzusetzen. Die deutlichen Strukturschwächen der Zentren werden im Sinne einer multifunktionalen Entwicklung behoben. Dabei wird besondere Rücksicht auf die Pflege des Stadtbildes sowie auf Ruhe und Erholungszonen gelegt. Diese Zentren sollen Lebens- und Erlebnisraum für Bürger und Bürgerinnen aller Altersgruppen der Stadt sein. Hierzu zählt für uns auch die Wiederherstellung der Fußgängerzone in Bensberg. Zur Förderung der Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs werden Unterzentren wie Herkenrath, Moitzfeld, Gronau, Hand, Paffrath, Schildgen, Sand und Herrenstrunden entsprechend ihrer Funktion erhalten bzw. entwickelt.

2. Wir fordern die zügige Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes, der mit seinem Alter von inzwischen 36 Jahren das Verfallsdatum deutlich überschritten hat. Der neu aufzustellende Flächennutzungsplan berücksichtigt insbesondere auch die Vorgaben der Grünrahmenplanung. Bei der Aufstellung ist zu beachten, dass es sich bei unbebauten Flächen um endliche Ressourcen handelt, mit denen schonend umzugehen ist. Das vorliegende ISEK Gutachten ist zu berücksichtigen, ebenso wie das noch zu beschließende Einzelhandelskonzept.

3. Einrichtungen des Wohnens und Arbeitens werden über die Bauleitplanung stärker als bisher gemischt, da man durch kurze Wege hohes Verkehrsaufkommen reduzieren kann. Ein guter Anschluss an den ÖPNV ist möglichst zu berücksichtigen.

4. Gewerbegebiete werden konsequent von Fehlnutzungen befreit, um das Angebot an gewerblich nutzbaren



Industriebrache in Bergisch Gladbach

# Die Stadt Bergisch Gladbach ist eine Familien-, Kinder- und Jugendfreundliche Stadt



Theresia Meinhardt

**Jugend**

Die Zukunft gehört den Kindern und der Jugend. Eine Stadt, die sich nicht genügend um ihre Jugend kümmert, verspielt ihre eigene Zukunft.

**Bestandsaufnahme**

Die Bergisch Gladbacher Stadtkasse ist leer, und es wird überall eingespart. Es ist schwer effektive Kinder- und Jugendpolitik zu machen, denn sie ist teuer und unproduktiv... oder?

**Ziele und Maßnahmen**

1. keine weiteren finanziellen Kürzungen in der Jugendarbeit
2. die Sicherstellung der offenen Jugendarbeit und die Wiedereinrichtung von mobiler (aufsuchender) Jugendarbeit und der Einsatz von Streetworkern
3. Ausbau der ambulanten Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, wie sozialpädagogischer Familienhilfe, intensive Einzelfallhilfe, Wohngruppen usw.
4. keine weiteren finanziellen Kürzungen bei Projekten zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit (Qualifizierungsmaßnahmen, Nachholen von Schulabschlüssen, Arbeiten und Lernen etc.)
5. Einrichtung eines kriminalpräventiven Gremiums mit allen Beteiligten (z.B. Jugend- und Sozialamt, Polizei, Amtsgericht usw.) zu einer schnellen und aktiven Bekämpfung und Verhütung von Jugendkriminalität.

Wir setzen hier ein deutliches Zeichen und präsentieren Konzepte: Kinder- und Jugendpolitik muss in Bergisch Gladbach endlich aktiv gestaltet werden! Anstatt Jugendhilfemittel willkürlich zu verteilen, müssen endlich Konzepte erstellt und umgesetzt werden, um die Kinder und Jugendlichen stärker zur Eigentätigkeit anzuregen. „Hilf mir, es selbst zu tun“ (Montessori).

**Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit**

Als wichtigstes Problem der jungen Generation stellt sich die Arbeitslosigkeit dar. Hier müssen alle Möglichkeiten, Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu

was besonders den Kindern und Jugendlichen zugutekommt. Auch muss die Jugendbildungsarbeit ausgebaut werden, was eine finanzielle Besserstellung bei Jugendpflegematerial und Jugendferienfahrten voraussetzt.

**Offene Jugendarbeit**

Ein weiteres Problemfeld bleibt die offene Jugendarbeit. Die Stadt hat dafür Sorge zu tragen, dass die bestehenden Einrichtungen mit dem notwendigen Personal und den erforderlichen Sachmitteln ausgestattet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das Angebot mobiler offener Jugendarbeit wieder eingerichtet wird.



Das Jugendzentrum Q1 auf dem Quirlsberg

schaffen, ausgeschöpft werden. Kreis, Stadt und soziale Träger müssen zusammenarbeiten, um Konzepte und Modelle gegen die Jugendarbeitslosigkeit zu entwickeln und umzusetzen. Es muss eine Ausweitung des Angebotes von Qualifizierungsmaßnahmen stattfinden.

Schließlich wäre es sinnvoll, das Angebot ambulanter Hilfen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), wie zum Beispiel die sozialpädagogische Familienhilfe auszubauen, so dass Familien in Konfliktfällen niederschwellige Hilfsmöglichkeiten zur Verfügung stehen,

**Jungenarbeit**

Um eine Gleichberechtigung zu erreichen setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, speziell für die Beratung von Jungen, eine feste Planstelle bei einem freien Träger durch die Stadt zu finanzieren.

**Kinder**

Trotz der Finanzmisere in unserer Stadt müssen wir eine verantwortliche Politik auch für Kinder gestalten. Verantwortliche Politik verlangt heute schon an



Der Spielplatz im Forumpark

Morgen zu denken. Kinder sind unsere Zukunft. Deshalb müssen langfristige und verlässliche Konzepte entwickelt und keine „Schnellschüsse“ gestartet werden.

Gesellschaftliche Veränderungen verlangen ein Reagieren. Immer mehr Familien benötigen eine zuverlässige, bezahlbare und qualitative Betreuung für ihre Kinder.

In den letzten Jahren sind immer mehr Aufgaben auf die Kindertagesstätten übertragen worden. Neben den vom Land geforderten Dokumentationen, Beurteilungen, Tests etc. bleibt den MitarbeiterInnen der Einrichtungen kaum noch Zeit für die Arbeit mit dem Kind. Die Bezahlung der MitarbeiterInnen hat sich in diesem Zeitraum nur wenig verbessert, weswegen wohl auch nur so wenige Männer in den Einrichtungen arbeiten.

**Bildung muss von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule kostenlos sein!**

**Ziele und Maßnahmen**

1. mittelfristige Abschaffung der Elternbeiträge für Plätze in Kindertagesstätten.
2. kostengünstiges, gesundes Mittagessen in den Kindertagesstätten, in denen das Essen zubereitet wird und die

Kinder über gesunde Ernährung praktisch aufgeklärt und angeleitet werden

3. bedarfsgerechter Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter und über drei Jahren mit qualifiziertem Personal

4. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Schule und Jugendhilfe im Interesse der Betroffenen auf Augenhöhe miteinander arbeiten

5. Wir werden uns dafür einsetzen, dass qualifiziertes Personal im außerunterrichtlichen Angebot eingesetzt wird und Arbeitsplätze auch für Vollerwerbstätige möglich sind.

6. Wir fordern, dass sozial benachteiligte Kinder einen Zugang zur Bildung haben und ihnen ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden.

7. Wir fordern keine Ausgrenzung wegen fehlender finanzieller Mittel, sondern aktive Solidarität.

8. Instandsetzung der städtischen Spielplätze und attraktive Gestaltung, so dass sie als kommunikative Zentren für alle Bürger nutzbar sind.

**Kostenbilanz**

Gute Bildung kann die Folgekosten vermindern, indem Kinder/Jugendliche nicht in die Arbeitslosigkeit geraten und/oder in die Kriminalität abrutschen.

**Soziales**

Sozialpolitik bedeutet für uns menschenwürdiger Umgang mit allen gesellschaftlichen Gruppen. Wir fordern eine soziale Grundsicherung für alle, das Recht

auf menschenwürdiges Wohnen und das Recht auf selbstbestimmte Lebensformen, um nur einige Beispiele zu nennen.

**Bestandsaufnahme**

Auch in Bergisch Gladbach ist die Zahl der „armen“ Mitbürgerinnen und Mitbürger angestiegen. Betroffen sind hier insbesondere Arbeitsuchende, kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Seniorinnen und Senioren und ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger. Gerade diesen Mitbürgerinnen und Mitbürgern wollen wir durch gezielte Maßnahmen Hilfen anbieten. Wichtigster Punkt ist der Abbau der Arbeitslosigkeit, obwohl auf kommunaler Ebene hierfür nur wenige Möglichkeiten bestehen. Wir sind für den Auf- bzw. Ausbau einer kommunalen Arbeitsmarktpolitik bezogen auf besondere Berufsgruppen und regionale Gegebenheiten.

Es gibt nach wie vor viel zu wenig billigen Wohnraum, insbesondere für kinderreiche Familien.

Die vom Land NRW hierfür zur Verfügung stehenden Mittel müssen voll ausgeschöpft werden. Die durch unsere Initiative eingeführten Vergünstigungen durch den „Löwenpass“ müssen ausgebaut werden (ÖPNV).

**Ziele und Maßnahmen**

1. keine weiteren finanziellen Kürzungen bei Angeboten zur Integration benachteiligter Jugendlicher
2. Ausbau der fachlichen Hilfen für Arbeitslose durch die Stadt
3. Hilfe zur Selbsthilfe: Wir unterstützen alle Selbsthilfegruppen und Projekte, die sich insbesondere um die Randgruppen unserer Stadt kümmern, sowie alle Vereine und Institutionen, die insbesondere in der Vorbeugung sozialer Probleme tätig sind (AIDS-Hilfe, die Tafel, Radwerkstatt etc.).
4. Ausbau der Vergünstigungen durch den „Löwenpass“, insbesondere durch die Erstattung von Fahrtkosten für den ÖPNV, Einschulungshilfen etc.
5. Einrichtung und Finanzierung einer Beratungsstelle für Arbeitslose bei einem freien Träger

**Ältere Mitmenschen / Seniorinnen und Senioren**  
*„Alt werden ist die letzte große Herausforderung an die Kreativität eines Menschen“.*

In den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger, die in Bergisch Gladbach leben, von zur Zeit 30.000 auf 40.000 Menschen über 60 Jahre ansteigen. Um diese Menschen nicht nur zu verwalten, sondern ihnen ein attraktives Bergisch Gladbach anzubieten, sind noch viele wichtige Aufgaben zu bewältigen.

„Wirtschaftlichkeit“ statt Menschenwürde steht oft im Vordergrund bei der Betreuung und Pflege älterer Menschen. Menschlichkeit und fachlich optimale Pflege lässt sich aber nicht mit der Stoppuhr berechnen. Unterbesetzung in pflegenden Einrichtungen und nicht ausreichend qualifiziertes Personal dürfen in der Zukunft nicht mehr akzeptiert werden. Die gesetzlichen Grundlagen zur Heimaufsicht und Qualitätskontrollen sind zwar gegeben, werden aber personell nicht umgesetzt.

Ältere Mitmenschen müssen die Gelegenheit haben, am öffentlichen Leben unserer Stadt uneingeschränkt teilnehmen zu können.

**Ziele und Maßnahmen**

1. seniorengerechte Wohnungen, die bezahlbar sind
2. Mitbestimmung der Seniorinnen und Senioren bei der Planung von altersgerechtem Wohnraum
3. Ausbau von generationsübergreifendem Wohnen und entsprechenden Freizeiteinrichtungen
4. „menschenwürdig“ alt werden, fürsorgliche Altenpflege und Umsetzung der Qualitätskontrollen
5. Ausbau der Hospize und Einrichtung von Bezirkspflegestellen in den Wohnquartieren
6. Einrichten einer anonymen Beschwerdestelle

Weiterhin intensive Zusammenarbeit mit dem Seniorenbüro, Seniorenbeirat und anderen hier tätigen Organisationen und privaten Initiativen

**Migrantinnen und Migranten**

Dauerhafte Zuwanderung hat die gesellschaftliche Realität in Deutschland nachhaltig verändert. Die Gestaltung von Integration ist deshalb auch eine kommunale Aufgabe. Interkulturelle Arbeit ist eine wesentliche Grundlage unserer kommunalen Integrationspolitik.

Ziel ist das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund in den Stadtteilen, den Kindertageseinrichtungen und Schulen, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft. Gute Sprachkenntnisse sind für eine erfolgreiche Integration wesentlich.

**Ziele und Maßnahmen**

1. gezielte frühe Förderung der deutschen Sprachkenntnisse
2. verstärkter muttersprachlicher Unterricht
3. Angebot zur Hausaufgabenhilfe und Nachhilfe
4. Angebote von Elternabenden und Elternbildung in der Muttersprache
5. Einsatz von Schlüsselpersonen, die zwischen Eltern mit Zuwanderungsgeschichte und Schule bzw. anderen Einrichtungen vermitteln können
6. Ausbildungsplätze für Jugendliche mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben bereitstellen
7. Projekte, die gezielt Jugendliche mit Migrationshintergrund zu Ausbildungsplätzen verhelfen, unterstützen
8. dem Integrationsbeirat als Sprachorgan der Migrantinnen und Migranten zu einem größeren politischen Gewicht verhelfen
9. die soziale Betreuung ausländischer Seniorinnen und Senioren ausbauen
10. ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus Nicht-EU-Ländern zum kommunalem Wahlrecht verhelfen

**Menschen mit Behinderung**

**Bestandsaufnahme und Ziele**

Menschen mit Behinderung werden behindert in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe! Wir sind der Auffassung, dass die Betroffenen selbst die besten Fachleute in Sachen Politik für behinderte Menschen sind.

Ihre Bedürfnisse und Meinungen müssen bei Entscheidungen im Mittelpunkt stehen. Es müssen weitere praktische Schritte der Umsetzung des Gesetzes von 2002 zur Gleichstellung behinderter Menschen (insbes. Barrierefreiheit), auch in Bergisch Gladbach, folgen.



Keine Lösung für Personen mit Rollstuhl: Das Rathaus am Konrad-Adenauerplatz. Da hilft auch die Klingel am Seiteneingang wenig.

**Maßnahmen**

1. Ausbau des gemeinsamen Unterrichtes von Kindern mit und ohne Behinderung (d.h. auch bessere finanzielle und personelle Ausstattung)
2. Barrierefreiheit aller öffentlichen Einrichtungen
3. Schaffung von behindertengerechtem Wohnraum
4. Ausbau ambulanter Hilfen und dezentraler Wohnformen
5. Unterstützung von Selbsthilfegruppen
6. Erfüllung der Pflichtquote zur Einstellung behinderter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch die Stadtverwaltung und ihrer Eigenbetriebe

## Lebendige Schulen in einer lebendigen Stadt



Annemie Scheerer

hender Elternteile. Beides erfordert eine zeitlich verlässliche Betreuung von Kindern im Grundschulalter, eine familien-, frauen- und bildungspolitisch bedeutsame kommunale Aufgabe. Wir begrüßen es von daher sehr, dass nun endlich alle Grundschulen in Bergisch Gladbach ein Ganztagsangebot haben (Offene Ganztagschule). Wir fordern eine Ausweitung dieses Angebotes für alle weiterführenden Schulen. Angesichts des gesellschaftlichen Wandels und der veränderten Lebenslagen der Schülerinnen und Schüler ist die Schule vor große erzieherische Aufgaben gestellt. Daher ist ein großes Angebot von Gesamtschulen wichtig.

### Ziele und Maßnahmen

Wir fördern die Kooperation von Schule und Jugendhilfe vor Ort. Diese Zusammenarbeit kann z.B. bei der Gewalt- und Suchtprävention oder bei Schulverwei-

### Schule

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine kreative Gestaltung der Schulen und der Schullandschaft in Bergisch Gladbach ein, wobei die Schülerinnen und Schüler gemäß ihren Fähigkeiten gefördert und gefordert werden sollen. Wir setzen uns für ein inklusives und sozial gerechtes Bildungssystem ein, an dem alle teilhaben.



Die ehemaligen Real- und Hauptschule am Ahornweg ist jetzt die „Nelson-Mandela-Gesamtschule“.

### Rahmenbedingungen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Schule haben sich stark verändert: Häufig sind beide Eltern der Schülerinnen und Schüler berufstätig. Außerdem wächst die Zahl alleinerzie-

gerung durch Einrichtung einer Schulerwerkstatt oder bei der geschlechtsspezifischen Arbeit mit Mädchen und Jungen erfolgreich durchgeführt werden. Bei Haushaltsberatungen legen wir weiterhin vorrangig Wert auf Instandhaltung bzw. Verbesserung der Innenausstattung von Schulräumen und Sanierung der Bausubstanz der Schul-

gebäude. Hierbei setzen wir uns für dringend erforderliche energetische Sanierungen der Schulgebäude ein. Wir unterstützen jede Form moderner Energiesparmodelle (Heizung, Wärmedämmung) oder Erschließung regenerativer Energiequellen. Unser Ziel ist es, dass Bergisch Gladbacher Schulen hier eine Vorbild- und Vorreiterfunktion erfüllen. Auch eine zeitgemäße Medienausstattung der Schulen muss gefördert werden. Alle Grundschulen müssen eine eigene Sporthalle erhalten. Jede Schule braucht eine Aula. Wir sind für eine vernünftige Übermittagsbetreuung mit gut ausgestatteten Mensen mit eigenen Küchen, nicht nur mit sogenannten „Verteilerküchen“. Eine gesunde Ernährung aller Schüler mit frischer und vollwertiger Kost muss selbstverständlich werden.

### Kultur

Kunst und Kultur ermöglichen es uns, die Welt mit anderen Augen zu sehen, differenzierter zuzuhören und neu zu denken. Sie sind entscheidend für Selbstbestimmung und soziale Teilhabe und sie fördern die demokratische Entwicklung einer Gesellschaft. Sie sind ein entscheidendes Feld sozialer Teilhabe. Sie können Impulsgeber für Veränderung und für die ständige Weiterentwicklung unseres Wertesystems sein.

### Städtische Kultureinrichtungen

Kultur ist identitätsstiftend. Durch die Stärkung ihrer kulturellen Szene kann Bergisch Gladbach viel gewinnen. Kultur ist einer der kreativsten Motoren der Gesellschaft. In der Stadt ist sie u.a. auch ein wichtiger Standortfaktor für die Wirtschaft.

Trotz knapper Kassen muss das Ziel sein, die bisherigen kulturellen Einrichtungen zu erhalten. Ohne Zweifel bilden Archiv, Büchereien, Musikschule, Museen, Theater und VHS mit ihrer Fachkompetenz das kulturelle Rückgrat dieser Stadt. Allerdings fehlt ein Programm kino in Bergisch Gladbach. Der ureigenste Auftrag von Kultureinrichtungen liegt darin, Nutzen zu stiften! Diese Aufgabe können sie nur leisten, wenn sich die Politik eindeutig zur kulturellen Verpflichtung der öffentlichen Hand bekennt und den



Das „Kunstmuseum Villa Zanders“

städtischen Kultureinrichtungen finanzielle Planungssicherheit gewährt. Andererseits müssen die Kultureinrichtungen sich den Veränderungen der Ansprüche der Gesellschaft öffnen, in dem sie Programme entwickeln, die alle Bürgerinnen und Bürger ansprechen. Neben dem städtischen Engagement gewinnt darüber hinaus verstärkt das breite bürgerschaftliche Engagement in Vereinen und die finanziellen Zuwendungen von Mäzenen und Sponsoren an Bedeutung.

### Ziele und Maßnahmen

1. Erhaltung der oben genannten kulturellen Einrichtungen als kulturelles Rückgrat unserer Stadt, dazu gehört unbedingt die Erhaltung der Büchereien im Forum sowie in Bensberg und der Erhalt der Schulbibliotheken.
2. Erweiterung der Kulturmeile in Bergisch Gladbach im Zusammenhang mit der Regionale 2010; Einrichtung von Zentren für die freie Kulturszene, wie z.B. entlang der Strundeachse nach Westen (Campus Gronau bis Campus Wachendorff).
3. Benennung von Kulturfachleuten in den Kulturausschuss mit beratender Stimme
4. Stärkung des Stadtverbandes für Kultur
5. Unterstützung eines Kulturentwicklungsplans (Masterplan Kultur)

### Freie Kulturarbeit

Vernachlässigt wird in unserer Stadt der Bereich der freien Kulturarbeit. Eigentlich sollten wir stolz darauf sein, in Bergisch Gladbach über ein qualitatives Potential von bildenden, darstellenden und musikausübenden Künstlerinnen und Künstlern zu verfügen, die Experiment, Zumutung und auch Einmischung erkennen lassen. Wer sich ein wenig in der Szene auskennt, weiß, wie hoch das Maß an Selbstaussbeutung bei den Künstlern ist. Unterstützung tut dringend Not, um das kreative Reservoir vor Ort nicht sterben zu lassen.

### Kulturbüro

Wir begrüßen diese Einrichtung und fordern den Erhalt und die aktive Ausgestaltung. Nachdrücklich unterstützen wir ein lebendiges literarisches Leben in unserer Stadt. Literaturfestivals, Lesungen oder Kinder- und Jugendbuchwochen, um nur einige denkbare Aktivitäten zu nennen, sollten zur festen Einrichtung werden, die die Stadt unterstützt. Musikwochen und Konzerte, Theateraufführungen und Musicals, Ausstellungen, insbesondere von zeitgenössischer Kunst, und interkulturelle Begegnungen gehören zum kulturellen Leben einer Stadt.

### Künstlerförderung

Wir wünschen uns die Förderung der freien Kulturszene.

### Gleichstellung von Frau und Mann

#### Frauen

Frauenpower in Bergisch Gladbach: Wir setzen die Ansprüche der Frauen in die Wirklichkeit um!

„Die Verwirklichung des Verfassungsauftrages der Gleichberechtigung von Mann und Frau ist auch Aufgabe der Gemeinde“. Mit dieser Aussage wurde die kommunalpolitische Verantwortung für die Verwirklichung der Gleichstellung von Frau und Mann 1984 in § 6a Abs. 4 der nordrhein-westfälischen Gemeindeordnung verankert. Die Stadt Bergisch Gladbach richtete zur Wahrnehmung dieser Aufgabe eine Gleichstellungsstelle ein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützen die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten.

Insbesondere soll die Verwaltung auf allen Ebenen den Gedanken des gender mainstreaming (Geschlechtergerechtigkeit) umsetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass diese Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen von der Haushaltsplanung bis hin zur Führungsebene berücksichtigt wird.

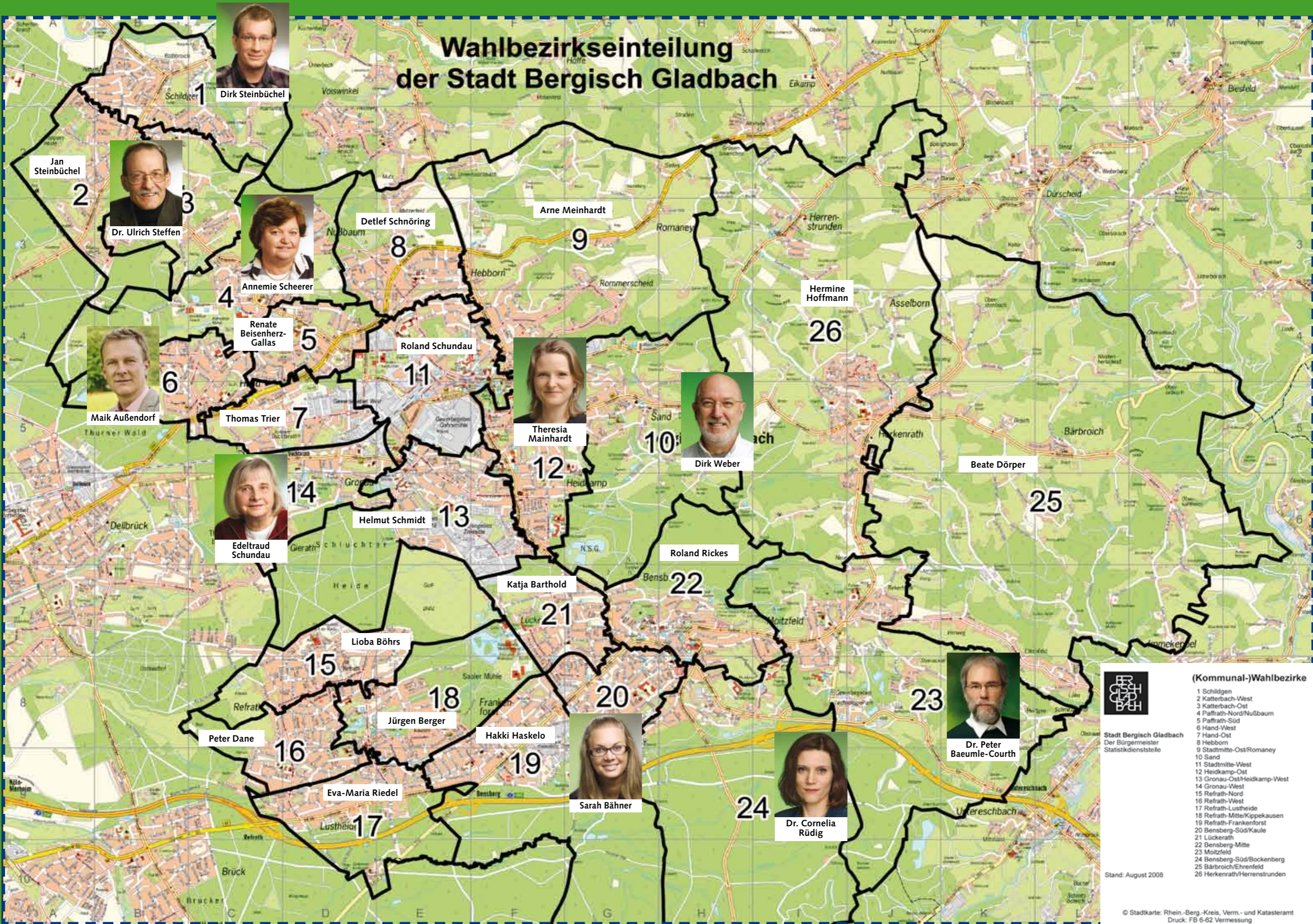
### Gemeinsam stärker

Ein wesentlicher Bestandteil der kommunalen Frauenpolitik ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Vernetzung mit anderen Frauengruppen, -verbänden und -initiativen in Bergisch Gladbach. So können Fraueninteressen leichter wahrgenommen und Notlagen von Frauen gelindert werden.

Aus diesem Grunde unterstützen Grüne Frauen die Durchsetzung der frauenpolitischen Forderungen des Bündnisses für Fraueninteressen FINTE. Das Gleiche gilt für das Frauenhaus und das Frauenzentrum von Bergisch Gladbach. Hier muss der Fortbestand unter der autonomen Trägerschaft von „Frauen helfen Frauen“ finanziell gesichert werden.

Fortsetzung  
Seite 16

# Wahlbezirkseinteilung der Stadt Bergisch Gladbach



- (Kommunal-)Wahlbezirke**
- 1 Schildgen
  - 2 Katterbach-West
  - 3 Katterbach-Ost
  - 4 Paffrath-Nord/Nußbaum
  - 5 Paffrath-Süd
  - 6 Hand-West
  - 7 Hand-Ost
  - 8 Hebborn
  - 9 Stadtmitte-Ost/Romaney
  - 10 Sand
  - 11 Stadtmitte-West
  - 12 Heidkamp-Ost
  - 13 Gronau-Ost/Heidkamp-West
  - 14 Gronau-West
  - 15 Refrath-Nord
  - 16 Refrath-West
  - 17 Refrath-Lustheide
  - 18 Refrath-Mitte/Kippekausen
  - 19 Refrath-Frankenforst
  - 20 Bensberg-Süd/Kaule
  - 21 Lückeraath
  - 22 Bensberg-Mitte
  - 23 Moltzfeld
  - 24 Bensberg-Süd/Bockenberg
  - 25 Bärbroich/Ehrenfeld
  - 26 Herkenrath/Herrenstrunden
- Stand: August 2008

© Stadtkarte: Rhein.-Berg.-Kreis, Verm.- und Katasteramt  
Druck: FB 6-62 Vermessung



### Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für das offene Thematisieren und die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein und praktizieren Solidarität mit den Opfern.

Dazu gehört eine frauenfreundliche Stadtplanung. In Bezug auf die Sicherheit von Frauen muss eine Analyse von Tatorten und Angsträumen erstellt werden, sowie planerische Ansätze zur Verbesserung erfolgen: Eine ausreichende Beleuchtung, der Ausbau des Notrufsystems und die Einrichtung eines Anrufsammeltaxis werden daher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN befürwortet.

### Frauen als Expertinnen

Damit nicht weiterhin an den Frauen vorbeigeplant wird, fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass der nächste Nahverkehrsplan von einem Gremium erarbeitet werden soll, das zur Hälfte aus Frauen als Expertinnen besteht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine ausreichende Qualität des Fußwege-, ÖPNV- und Straßennetzes aus Frauensicht.

Damit die Interessen von Frauen in der Verwaltung leichter verstanden und vertreten werden, müssen mehr Leitungspositionen von Frauen besetzt werden.

Bei der Reorganisation der Verwaltung ist in Bergisch Gladbach wieder ein Ungleichgewicht entstanden: Acht Fachbereichsleitern stehen lediglich zwei Fachbereichsleiterinnen gegenüber.

### Ziele

1. Gender mainstreaming (Geschlechtergerechtigkeit) in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, konsequente Wahrnehmung von Fraueninteressen
2. Frauen als Expertinnen in allen Gremien und auf allen Führungsebenen
3. Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

4. Vereinbarkeit von Familie und Beruf (siehe hierzu auch die Texte zu den Themen Schule und Kinder)

### Männer

Selbsthilfegruppen, die ein Nachholen der Entwicklung von männlichen Gefühlswelten ermöglichen, sollen gefördert und unterstützt werden. Weiterhin müssen männliche Jugendliche zur besseren Entwicklung ihrer Kreativität durch Trainieren von besonderen Lernmethoden speziell gefördert werden.

### Sport

Zu den sozialen Aufgaben der Stadt gehört es auch ausreichend Sportstätten zur Verfügung zu stellen.

Auch in Zeiten leerer Kassen muss ein angemessenes Angebot an Sport- und Wasserflächen für alle Bürgerinnen und Bürger, für Schulen und Vereine bereitgestellt werden. Ein besonderes Augenmerk wollen wir in den nächsten Jahren auch den kleineren Vereinen in unserem Stadtgebiet widmen. Denn von den im Sportsportverband vertretenen Vereinen sind nur ein knappes Dutzend Großvereine, der überwiegende Teil der Vereine hat nicht mehr als 200 Mitglieder. Auch die Vereine mit weniger als 100 Mitgliedern dürfen keine Sportvereine zweiter Klasse werden. Wir wollen, dass mitgliederschwache Vereine nicht gegenüber mitgliederstarken Vereinen benachteiligt werden.

Über den Vereinssport hinaus fordern wir den Erhalt und Ausbau von allgemein zugänglichen Sportstätten wie Bolz- und Basketballplätzen, sowie den Bau eines Skaterparks. Frei zugängliche

Sportstätten erfüllen dabei auch eine jugendpolitische Funktion und passen sich ein in das Leitbild der familienfreundlichen Stadt.

Wir unterstützen den Sportsportverband und würdigen ausdrücklich das Engagement der vielen dort unermüdlich tätigen ehrenamtlichen Mitarbeiter, die der Stadt einen großen Dienst erweisen.

Wir fordern, dass der Standard für das Schulschwimmen nicht noch weiter abgesenkt wird.

Wir fordern den Unterhalt und die Sanierung von Sportstätten mit Augenmaß. Die Finanzierung notwendiger Maßnahmen kann jedoch weder alleine bei den Vereinen noch alleine bei der Stadt liegen, sondern soll gemeinsam von Vereinen, Stadt und Sponsoren getragen werden.

Speziell fordern wir die Unterstützung von jenen Vereinen und Initiativen, die sich besonders in der Kinder- und Jugendarbeit engagieren. Kooperationen zwischen Vereinen und Ganztagschulen wollen wir weiter fördern und fördern. Hierdurch wird zum einen das Angebot der Ganztagschulen attraktiver und zum anderen ermöglicht es den Vereinen ihr Angebot für Schülerinnen und Schülern zu erhalten oder auszubauen.

Wir sind für eine Erstellung eines Sportentwicklungsplanes in Zusammenarbeit von Verwaltung und Vereinen, damit auf der Grundlage verlässlicher Planungsdaten Bergisch Gladbach als attraktive Sportstadt erhalten bleibt.



Die neue Tartanbahn im sanierten Stadion

## Wir wollen Bergisch Gladbach als grüne Stadt für heutige und kommende Generationen erhalten



Dr. Ulrich Steffen

### Natur und Landschaft Rahmenbedingungen

Die Kommune hat derzeit als Träger der Bauleitplanung das Recht, im Rahmen ihrer Vorgaben zur Regional- und Landesplanung Siedlungs- und Gewerbeflächen auszuweisen. Mit der Ausdehnung von Siedlungs- und Gewerbeflächen sind jedoch aus ökologischer Sicht Zerschneidungseffekte verbunden, die nicht nur die Kommune betreffen, sondern für die Region und darüber hinaus von Bedeutung sind. Sie entscheiden insbesondere auch über die Interessen zukünftiger Generationen und die ökologische Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes der Zukunft. Diese Werte lassen sich nicht in real zu zahlenden Preisen ausdrücken. Trotzdem müssen diese Werte im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung bei kommunalen Entscheidungen ein stärkeres Gewicht erhalten und nicht kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen geopfert werden. Folgekosten für Eingriffe in Natur und Landschaft müssen soweit wie möglich erfasst und berücksichtigt werden. Für die Lebensqualität heutiger und nachfolgender Generationen wollen wir verstärkt einen sparsamen Umgang mit Grund und Boden, eine Reduzierung der Bodenversiegelung, die Nutzung regenerativer Energien, einen verstärkten Schutz der Lebensgüter Wasser und Luft, des Klimas, des Naturschutzes und der Landschaftspflege und die Förderung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes.



Wald in der Schlucherheide

Foto: CC BY 2.0/Frank Vassen

### Ziele

1. Erhalt des Charakters einer grünen Stadt außerhalb der Zentren
2. Verbesserung der lufthygienischen Bedingungen und des Bioklimas
3. Erhalt einer ökologisch ausgerichteten Landwirtschaft als wichtiger Faktor für die Funktion des Naturhaushaltes
4. Schutz der heimischen Tier- und Pflanzenwelt

### Maßnahmen

1. Wiederherstellung, Verbesserung, Entwicklung zerstörter und beeinträchtigter Grünzüge. Dabei ist eine Vernetzung innerörtlicher Grünflächen unabdingbar notwendig. Hierbei sollten die natürlichen Gewässerverläufe besonders berücksichtigt werden. Um dies realisieren zu können, ist es unabdingbar, die Bestandsaufnahmen der heimischen Tier- und Pflanzenarten in Zusammenarbeit mit Natur- und Umweltschutzverbänden ständig zu aktualisieren, um insbesondere bei kommunalen Entscheidungen diesen Zielen im kommunalen Abwägungsprozess gerecht werden zu können. Die Bepflanzungsvorgaben der Bebauungspläne sind regelmäßig zu kontrollieren.
2. Einarbeiten ökologischer Überlegungen in ein räumlich funktionales Entwicklungskonzept und in einen überarbeiteten Flächennutzungsplan
3. Erarbeitung einer Baumschutzsatzung und Neuauflage eines Alleen-

Der Grünspecht (*Picus viridis*) ist auch bei uns am Bahndamm zu Hause

entwicklungsprogramms vor allem für den auf Gladbacher Gebiet verlaufenden Teil der „Deutschen Alleenstraße“

4. Öffentlichkeitsarbeit und Einbindung der Bevölkerung bei allen Maßnahmen und Projekten

5. Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen, z.B. Schulhofentsiegelungen, Rücknahme betonierter Flächen, z.B. nicht mehr benötigte Straßen- und Gehwegflächen, Verwendung wasser-durchlässiger Beläge usw.

6. Schutzprogramme für Quellen und Gewässer

7. Erhalt und Entwicklung der Luftschneisen und Durchlüftungszonen, Verbesserung kleinklimatischer Verhältnisse (des Kleinklimas durch Begrünungsmaßnahmen auch von städtischen Bauten)

8. Förderungsmaßnahmen für die örtliche Landwirtschaft zur Entwicklung von Anbauweisen, die nur geschlossene Naturkreisläufe verwirklichen und zur Stärkung der regionalen Vermarktung beitragen

9. Erarbeitung eines nachhaltigen Freizeit-, Erholungs- und Touristikkonzeptes

## Kostenbilanz

Im Bereich Natur und Landschaft ist es schwer, eine Kostenbilanz im eigentlichen Sinne zu erstellen. Wollen wir allerdings unsere Lebensqualität erhalten, brauchen wir saubere Luft, sauberes Wasser und saubere Böden. Ein System ökologisch intakter und vernetzter Biotope als Lebensraum für die Tiere und Pflanzen unserer Umgebung ist nicht nur eine Gewissensfrage. Diese Räume sind auch Naherholungsgebiete, Spiel- und Erlebnisräume für unsere Kinder. Sie reinigen unsere Luft, verbessern unser Stadtklima und liefern uns unser Lebensmittel Nummer eins, das Trinkwasser. Zudem können Landwirte nur in einem intakten Umfeld unbelastete Lebensmittel erzeugen. Ein intakter Lebensraum Stadt senkt also indirekt die Kosten in vielen Bereichen vor allem des Gesundheitswesens.

viele Insektenarten wie Schmetterlinge, Käfer, Grashüpfer aber auch Wild- und Honigbienen vom Aussterben bedroht sind. Für den Rückgang dieser Arten ist neben dem mangelnden Nahrungsangebot von Wildblumen und Wildkräutern das Verschwinden der Nistmöglichkeiten verantwortlich.

## Ziele und Maßnahmen

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass auf städtischen Grünflächen, an Straßenrändern, an Fahrradwegen, auf ökologischen Ausgleichsflächen etc. Blühstreifen/Blühflächen angelegt, sowie ein komplementäres Maßnahmenkonzept zum Schutz von Insekten erstellt wird. Zusätzlich ist eine insektenfreundliche Gestaltung und Vernetzung der ökologischen Ausgleichsflächen durchzuführen, wie die Schaffung von Nistmöglichkeiten durch die Belassung von Totholz, die Ein-

Diese regionalen unverfälschten Naturprodukte haben den Vorteil der kurzen Transportwege, was sich energiesparend und umweltschonend auswirkt. Es werden die Erzeuger, Landwirte und Händler unserer Region gestärkt. Die Wertschöpfung bleibt in der Region, Arbeitsplätze bleiben erhalten und neue werden geschaffen.

In der heutigen Ernährung stellt Fleisch einen extrem hohen Anteil dar. Der übermäßige Konsum von Fleisch ist jedoch nachweislich mit erheblichen negativen Folgen für die menschliche Gesundheit verbunden. Zudem geht die Fleischproduktion mit gravierender Umweltzerstörung einher, für deren Beseitigung wir einen hohen Preis bezahlen müssen.

Laut der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN verursacht die Fleischproduktion global mehr Treibhausgase als der Verkehr mit Autos, Eisenbahnen, Schiffen und Flugzeugen. Die Folgen für die Wälder und die Übernutzung der Flüsse und Seen sind beträchtlich. Aufgrund dieser Tatsachen und den gesundheitlichen Vorteilen einer vegetarischen und veganen Ernährung, entscheiden sich immer mehr Menschen, auch aus Tierschutzgründen, für diese Ernährungsform. Leider werden fleischfreie oder vegane Speisen noch nicht überall in öffentlichen Einrichtungen angeboten. Ein solches Angebot soll zum einen die Menschen, die sich bereits bewusst für diese Ernährungsform entschieden haben, die Suche nach fleischfreien Lebensmitteln erleichtern, zum anderen sollen Anregungen für eine bewusster Ernährung geliefert werden.

## Ziele und Maßnahmen

Wir Grüne machen uns stark für ein umfangreiches Angebot und Vermarktung von regionalen Lebensmitteln in unserer Stadt. Des Weiteren setzen wir uns für ein zusätzliches Angebot an vegetarischen und veganen Speisen in öffentlichen Einrichtungen der Stadt ein.

## Gewässer

Gewässer sind Lebensadern eines funktionsfähigen Naturhaushaltes einer Stadt.



## Rahmenbedingungen

Gewässerläufe sind dabei von besonderer Bedeutung, weil sie ein durchgehendes verästeltes System von Linien darstellen. Größere zusammenhängende Restnaturflächen wie Wälder, Parks u.a. werden so vor einer Isolation bewahrt. Diese Linien haben eine Vielfalt an Aufgaben:

1. Sie ermöglichen ein Verbundsystem von Fuß- und Radwegen und steigern so die Schönheit und den Freizeitwert der Stadt.
2. Sie leiten Frischluft in die Zentren und filtern die Luft der Umgebung. Das gesamte Stadtklima wird ausgeglichener und gesünder, was den Wohnwert erhöht.
3. Sie reinigen das Wasser auf natürliche Weise und schützen daher auch das Grundwasser und somit unser Trinkwasser.
4. Sie ermöglichen Tieren (und Pflanzen) eine Wanderung zwischen den größeren Kernlebensräumen.
5. Überflutungen von Siedlungsflächen werden vermieden, wenn das Wasser genügend Raum in den intakten Auen findet. Leider sind viele Bäche im Stadtgebiet auf insgesamt 35 km stark geschädigt (verbaut oder sogar verrohrt). Die schlimmsten Beispiele sind 2,6 km verrohrte Strunde in Bergisch Gladbach und 2,7 km verrohrter Frankenforstbach. Andere offene Abschnitte befinden sich in einem ökologisch schlechten Zustand. Dies muss sich ändern. Die EU hat im Jahr 2000 eine Wasserrahmenrichtlinie erlassen. Diese verpflichtet alle Gemeinden, ihre Gewässer bis 2033 zu sanieren. Pro Jahr müssen wir also 1,4 km Gewässerläufe in einem guten ökologischen

Zustand bringen oder wenigstens ein gutes ökologisches Potenzial erzeugen.

## Ziele

1. Es wird ein offenes Verbundsystem aller Fließgewässer in Bergisch Gladbach geschaffen.
2. Für alle Gewässer wird die Wassergüteklasse „gering belastet“ (= I - II) angestrebt.
3. Alle Gewässer erhalten das gesetzlich vorgeschriebene Maß eines naturnahen Gewässerumfeldes. Im Siedlungsbereich wird zumindest eine naturnahe Gestaltung angestrebt.

## Maßnahmen

1. Die Stadtverwaltung erarbeitet einen Plan zur Entwicklung eines durchgehenden Verbundes offener Fließgewässer ohne Wanderungssperren.
2. Die Mittel zur Gewässersanierung werden zum großen Teil aus Mitteln des Abwasserwerkes gestellt, da naturnahe Gewässer geringere Kosten der Wasserrückhaltung erzeugen.
3. Entlang der Bäche Weidenbach, Mutzbach, Hebborner Bach, Scheidtbach, Saaler Mühlenbach und Frankenforstbach werden Bach-Wanderwege (Fuß- und Radwege) eingerichtet.
4. Alle schützenswerten Bachabschnitte werden in Zusammenarbeit mit dem RBK und dem RP unter Schutz gestellt.
5. Die Einleitung belasteten Wassers über Straßenwassereinläufe, sowie über die Überläufe der Bensberger Mischwasserkanalisation werden bis 2033 beendet. Stillgewässer wie der Bensberger See sowie der Kahnweiher werden so umgestaltet, dass das Fließgewässer im Nebenschluss liegt, d.h. das Wasser wird um das

Stillgewässer herumgeleitet. Die Fütterung der Tiere der Stillgewässer soll durch geeignete Maßnahmen verringert werden.

6. Die Öffentlichkeitsarbeit zum Gewässerschutz wird durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. einen Umweltwettbewerb intensiviert.

## Kostenbilanz

Das Sanierungsprogramm erzeugt zunächst Kosten. Diesen Kosten stehen jedoch mittel- bzw. langfristig Minderungen gegenüber, denn sowohl bei den Baukosten als auch bei den Pflegekosten sind verrohrte Gewässer drei- bis zehnmal so teuer wie offene, naturnahe Gewässer. Zudem werden Kosten durch Hochwasserschäden vermieden, und kleinere Becken zur Regenwasserrückhaltung aus Siedlungen benötigt. Rein betriebswirtschaftlich gesehen rechnet sich der Sanierungsplan also für die Stadtkasse. Hinzu kommen schwer bezifferbare Vorteile für die Gesundheit der Menschen und die Grundwasserneubildung, die Grundwasserreinhaltung aber auch für den Wohn- und Freizeitwert. Zur Finanzierung des Programms wird die Möglichkeit der weitergehenden Umlage auf die Regenwassergebühr geprüft.

## Abwasser

Oberflächengewässer, Grundwasser und Gebührenzahler müssen entlastet werden.

## Rahmenbedingungen

Abwasserbeseitigung und Entwässerung stellen eine der großen Leistungen der Menschheit dar. Die Beseitigung von Abwässern dient der Vorbeugung vor Infektionen und ermöglicht eine Straßenbenutzung trockenen Fußes. Die zunehmende Flächenversiegelung, die Chemisierung des täglichen Lebens, sowie die immer noch anhaltende Zersiedelung der Landschaft lassen jedoch die Grenzen der derzeitigen End-of-Pipe-Technologie im Abwasserbereich deutlich werden. Der zunehmende Aufwand wird oft schon viel zu teuer, wie die Abwassergebührentwicklung zeigt. Zudem sind Hochwassergefahren noch nicht gebannt, sie steigen z.T. sogar durch Entwässerungsmaßnahmen noch an.



## Blühstreifen und Blühflächen

### Bestandsaufnahme

Unsere Kulturlandschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. Die Landschaft ist fast blütenlos. Wildkräuter und Wildblumen sind nur noch selten zu finden. Diese Entwicklung hat verheerende Folgen für unsere Insekten, deren Nahrungsangebot somit weitestgehend vernichtet wird. Folge ist, dass

saat einheimischer Wildblumen, Kräuter, Büsche und Bäume, die den Tieren als Nahrungsquelle dienen und ein maßvolles und zeitlich versetztes Mähen, wobei maximal die halbe Fläche gemäht wird, um den Tieren ein Rückzugsgebiet mit Nahrungsquellen zu erhalten.

## Verbraucher- und Umweltschutz

### Bestandsaufnahme

Im Sinne des Verbraucher- und Umweltschutzes ist es uns wichtig, dass immer mehr Lebensmittel aus unserer Region in unserer Stadt angeboten werden.

**Ziele**

1. Zur Senkung der Kosten, zur Förderung der Grundwasserneubildung, sowie zum Hochwasserschutz soll der Anteil des oberflächlich abfließenden Wassers so gering wie möglich gehalten werden.

2. Die Grenzwerte für Schadstoffe im Klärschlamm sind einzuhalten, so dass eine teure Entsorgung der Schlämme durch Deponierung oder Verbrennung nur in Ausnahmefällen erforderlich wird.

3. Auch bei Starkniederschlägen des so genannten 100-jährigen Hochwasserereignisses darf es nicht mehr zu Überflutungen kommen.

4. Der Übertritt von Schmutz und Bakterien aus den elf Überläufen der Bensberger Mischwasserkanalisation in die Bäche Saaler Mühlenbach und Franckenforstbach ist zu beenden.

**Maßnahmen**

1. Es ist ein Entsiegelungsprogramm zu erstellen, in dem die geplanten Baumaßnahmen in ihrer zeitlichen Abfolge dargestellt sind. Im Falle notwendiger Tiefbaumaßnahmen der Stadt ist die Möglichkeit einer Versickerung von Regenwässern von Anfang an zu berücksichtigen.

2. Zur Schaffung von natürlichen Stauräumen für Regenwasser werden alle städtischen Bäche durchgehend renaturiert.

3. Die Indirekteinleiterkontrolle wird intensiviert.

4. Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Verringerung von Schadstoffeinträgen in die städtischen Bäche ist das fortgeschriebene Abwasserbeseitigungskonzept zügig umzusetzen.

5. Durch Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit soll das Wasser- und Abwasserbewusstsein der Bürger geschärft werden.

**Kostenbilanz**

Der Verzicht auf eine Regenwasserkanalisation senkt die Kosten der Entwässerung für die Betroffenen um ca. 30%. Dem stehen zwar private Kosten gegenüber, es ist jedoch festzustellen, dass bei einer Regenwasserspeicherung und -nutzung Kosten für Waschwasser, Toilettenspülung und Gartenbewässerung eingespart werden. Investitionen in die Bensberger Mischwasserkanalisation werden zum Schutz des Trinkwassers ohnehin erforderlich. Die Einhaltung der Grenzwerte der Klärschlämme bringt finanzielle Vorteile. „Saubere“ Klärschlämme können im Landschaftsbau zusammen mit Kompost zu geringen Kosten einer Verwertung zugeführt werden. Die Deponierung oder Verbrennung ist wesentlich teurer. Zur Wirksamkeit als Hochwasserschutz sei als Beispiel der Scheidtbach genannt: Als naturnaher Bach hat dieser als einziger im Stadtgebiet im letzten Jahrzehnt keine Überschwemmungen verursacht.



Sarah Bähner

**Artenschutz**

**Bestandsaufnahme**

Täglich wird eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten vom Menschen ausgerottet. Durch die Vernichtung wichtiger Lebensräume und den Einsatz von Pestiziden, wie Herbiziden und Insektiziden u.ä. sind immer mehr Tiere und heimische Pflanzen vom Aussterben bedroht. Da die meisten Arten in einer Symbiose leben, sind auch Vögel und Fledermäuse hiervon betroffen. Der Bestand an Insekten wie Wildbienen, Schmetterlinge, Grashüpfer aber auch die Bestände der Honigbienen werden jährlich geringer. Das Bienensterben schreitet weiter voran. Das dürfen wir nicht zulassen. Als Blüten-

bestäuber sorgen die fleißigen Insekten für die Produktion eines reichhaltigen Nahrungsangebotes. Sie sind daher für unser Ökosystem und unsere Nahrungsproduktion unerlässlich. Wird dem Bienensterben nicht Einhalt geboten, ist unsere gesamte Nahrungskette gefährdet.

**Ziele und Maßnahmen**

Wir Grüne werden uns dafür einsetzen, dass in unserer Stadt auf den Einsatz von Pestiziden, Herbiziden und Insektiziden, insbesondere auf städtischen Flächen und in städtischen Anlagen grundsätzlich verzichtet wird. Schutz, Pflege oder Wiederherstellung einer ausreichenden Vielfalt und einer ausreichenden Flächengröße der Lebensräume ist für die Erhaltung aller Vogelarten und Fledermausarten in unserer Stadt unentbehrlich.

**Tierschutz**

Wir Grüne setzen uns uneingeschränkt für den Tierschutz ein.

**Bestandsaufnahme**

Im Dezember 2013 wurde endlich im Fachausschuss unser Antrag zur Kastations- und Registrierpflicht von Freigänger-Katzen verabschiedet. Zum einen wird damit sicher gestellt, dass der Population heimatloser Tiere Einhalt geboten wird und die Tierheime entlastet werden. Zum anderen erleichtert eine Registrierung die Rückführung vermisster Tiere zu ihrem Halter. Wir werden eine schnelle Umsetzung vorantreiben. Um die Tauben-Population im Sinne des Tierschutzes und die Verunreinigung durch die Tauben in unserer Stadt zu reduzieren, favorisieren wir die Einrichtung kommunaler Taubenschläge. Desweiteren sind wir Grüne für ein Zirkusverbot auf städtischen Flächen, wenn diese Wildtiere mit sich führen. Wildtiere werden in Zirkussen nicht artgerecht gehalten, denn ein reisendes Unternehmen ist nicht in der Lage für eine entsprechende Tierhaltung zu sorgen. Die Dressuren der Tiere werden mit tierquälerischen Maßnahmen durchgeführt. Dies muss ein Ende haben. Immer wieder finden in unserer Stadt Tierbörsen exotischer Tiere statt, die entweder zur Schau oder zum Kauf angeboten werden. Da diese Tiere nicht

in Deutschland heimisch und nicht domestiziert sind, sterben viele Exoten frühzeitig. Dies wollen wir kritisch beleuchten und solche Ausstellungen auf städtischen Flächen und in städtischen Räumen untersagen.

**Ziele und Maßnahmen**

1. Umsetzung der Kastations- und Registrierpflicht von Freigänger-Katzen zur Reduzierung der Population und zur Entlastung der Tierheime.

2. Kontrolle der Tauben-Population und dadurch Vermeidung von Verunreinigungen durch Taubenkot.

3. Das Gastieren von Zirkusunternehmen auf städtischen Flächen untersagen, wenn diese Wildtiere mit sich führen.

4. Tierbörsen exotischer Tiere in unserer Stadt unterbinden

**Abfall**

Abfälle sind wertvolle Rohstoffe oder vermeidbar.

**Rahmenbedingungen**

1998 belohnte der Bundesverband der deutschen Abfallwirtschaft die Erfolge der Stadt mit dem ersten Preis in einem bundesweiten Wettbewerb in der Kategorie der Gemeinden über 100.000 Einwohner. Als Folge davon gehören wir bis heute zu den kostengünstigsten Gemeinden im weiten Umkreis. Ökonomie und Ökologie reichen sich hier die Hand. Wir wollen daher auf diesem Erfolgsweg weitergehen und weder neapolitanische Verhältnisse noch neapolitanischen Müll bei uns verbrennen.

**Ziele**

1. Der Restmüllanteil soll weiter vermindert werden. Die dabei gesammelten Rohstoffe sollen einer sinnvollen Verwertung zugeführt werden.

2. Die Gesamtabfallmenge soll im gleichen Zeitraum durch Abfallvermeidung um mindestens 10% vermindert werden.

3. Unkontrollierte Abfallentsorgung (z.B. in Biotopen der Stadt oder in öffentlichen Abfallbehältern) soll effektiver als bisher verhindert werden.

**Marktwirtschaftliche Maßnahmen**

1. Die Gebührenstruktur soll Vermeidung und Verwertung belohnen, ohne zu einem „Abfallexport“ zu führen.

2. Die Sammlung der Abfälle und des Sperrmülls erfolgt stärker als bisher wohnungsnah und verbraucherInnenfreundlich.

3. Zur Verbesserung von Qualität und Quantität der Wertstofffassung wird mindestens eine weitere Annahme- und Beratungsstation für Abfälle aller Art eingerichtet. Es wird flächendeckend die Wertstofftonne eingeführt, die die „Gelben Säcke“ ersetzen soll. Dadurch werden jedwede Wertstoffe im Holsystem erfasst, nicht nur Verpackungen.

4. Die Abfallberatung wird flächendeckend intensiviert, um die Verwertbarkeit der Abfälle zu verbessern.

**Ordnungspolitische Maßnahmen**

1. Missbräuche der Abfallentsorgung sollen wirksamer bekämpft werden und die Fehlwürfe sind deutlich zu vermindern.

2. Die illegale Ablagerung von Abfällen muss intensiver bekämpft werden.

3. Auf öffentlichen Flächen und in öffentlichen Einrichtungen wird der Abfallvermeidung und -verwertung stärkere Priorität eingeräumt. Zum Beispiel gehören Wertstoffsammelbehälter (und Abfallberater) in jeden Klassenraum.

**Kostenbilanz**

Die Kosten der Abfallentsorgung durch Verbrennung sind in den letzten Jahren stark angestiegen. Die Verbrennungskosten für Restmüll machen derzeit einen erheblichen Anteil der Gesamtkosten aus. Nur die Abfallvermeidung, die hohen Verwertungsquoten und das sparsame Wirtschaften des städtischen Abfallwirtschaftsbetriebes haben Bergisch Gladbach bisher vor einer Explosion der Abfallgebühren bewahrt. Die Kosten für die Verwertung der Wertstoffe liegen deutlich niedriger. Viele Wertstoffe werden mit Gewinn vermarktet. Dies belegt, dass Abfallverwertung in jedem Fall preisgünstiger ist als die Abfallentsorgung. Die billigste Variante ist allerdings die, Abfälle gar nicht erst entstehen zu lassen: Stichwort abfallarmer Einkauf. Für Kosten alter ungeordneter Deponien (Spitze und Moitzfeld) können wir allerdings nichts. Hier holen uns Fehler der Vergangenheit ein.

**Energie**

Eine nachhaltige Energiewirtschaft hat ihre Grundlage vor Ort. Die große Koalition im Bund hat große Kohlekraftwerke in den Vordergrund gerückt und den Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst. Im Gegensatz dazu wollen wir möglichst viel Energie dezentral, regenerativ und mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürgern erzeugen. Dies führt nicht nur zu einer langfristig günstigen und sicheren Energieerzeugung, sondern erzeugt auch eine höhere Wertschöpfung vor Ort.

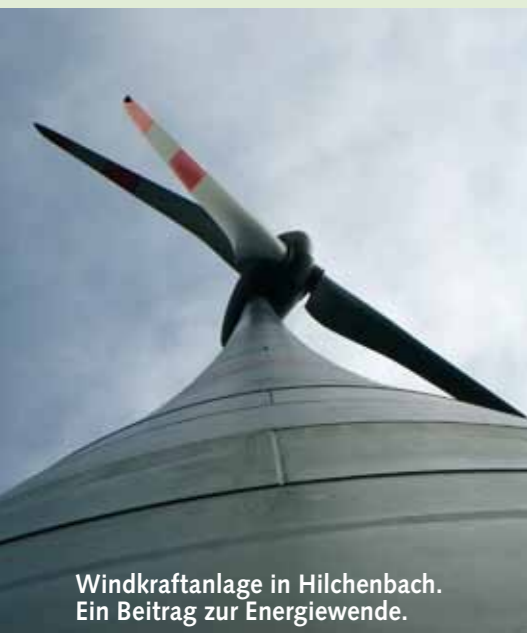
**Rahmenbedingungen**

Durch die Neuvergabe der Konzession für die Stromversorgung in Bergisch Gladbach ergeben sich große Chancen für eine Neuausrichtung. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Programmes ist noch nicht klar, ob es eine Entscheidung vor der Kommunalwahl 2014 geben wird. Wir setzen uns stets dafür ein, als Stadt die Energiepolitik aktiv mit zu gestalten. Daher fordern wir ein Modell, bei dem die Stadt die Mehrheit hält. Unser Zukunftsmodell sind eigene Stadtwerke,



die zu 100% Strom aus regenerativer Erzeugung vermarkten und langfristig, regional und mit Bürgerbeteiligung selber produzieren.

Die Stadt verfügt über einen großen Gebäudebestand und ist somit selbst in großem Maße Verbraucher von Energie. Hier muss über eine energetische Sanierung der Gebäude, einschließlich effizienter Beleuchtung und die Nutzung regenerativer Energiequellen mehr geschehen als bisher. In diesem Zusammenhang sollen auch Finanzierungen



Windkraftanlage in Hilchenbach. Ein Beitrag zur Energiewende.

über Contracting Modelle geprüft werden, sofern dadurch Sanierungen vorgezogen werden können und Energie- sowie Kosteneinsparungen für die Stadt verbindlich vereinbart werden. Die Stadt selbst hat aber auch über die Gestaltung der Bebauung und die Verkehrspolitik großen Einfluss auf den Energieverbrauch im Wärme- und Verkehrssektor. Zusammen machen diese Sektoren den größten Teil unseres gesamten Energieverbrauches aus. Dies bedeutet, dass eine neue Energiepolitik auch eine neue Bau- und Verkehrspolitik sein muss.

**Ziele**

1. Bei der Neuausrichtung der Energieversorgung wird die Gründung eigener Stadtwerke mit städtischer Mehrheitsbeteiligung angestrebt. In jedem

Fall nutzt die Stadt ihren Einfluss, um 100% Strom aus regenerativen Quellen und regionaler Produktion mit Bürgerbeteiligung anzubieten.

2. Energieverluste werden in allen Gebäuden der Stadt minimiert (CO<sub>2</sub>-Minderung um 40% wird bis 2020 angestrebt).

3. Alle neuen Bebauungspläne werden auf Niedrigenergiehäuser bzw. Null-Energiehäuser ausgerichtet.

4. Die aktuellen Bebauungspläne werden schnellstmöglich mit dem gleichen Ziel überarbeitet.

5. Die Verkehrspolitik wird auf die Verringerung des Energieverbrauches ausgerichtet.

**Maßnahmen**

1. Der zukünftige Energieversorger hat über die Einhaltung dieser Ziele dem Rat einmal im Jahr zu berichten.

2. Die Stadt und ihre Betriebe führen die energetische Sanierung aller städtischen Gebäude mit dem Ziel der Energie- und Kostenersparnis durch. Zu diesem Zweck wird das „Energie-Konzept Bergisch Gladbach“ gutachterlich erarbeitet. Es soll die Grundlage für einen regelmäßigen Energiebericht bilden.

3. Bei der Erstellung neuer Bebauungspläne wird die Lage der Grenzen bebaubarer Flächen und die Firstausrichtung der Häuser auf die Anforderungen von Niedrigenergiehäusern bzw. Nullenergiehäusern ausgerichtet. Alle alten Bebauungspläne werden mit der gleichen Zielsetzung überarbeitet.

4. Beim Verkauf städtischer Grundstücke wird die Einhaltung jeweils aktueller Niedrigenergiestandards der KfW bei der Bebauung in den Kaufverträgen bindend festgelegt.

5. Durch eine gute Mischung von Wohn- und Arbeitsstätten wird die Vermeidung von Verkehr und somit des Energieverbrauches angestrebt.

6. Die städtische Verkehrsplanung verbessert kontinuierlich das Nahverkehrsangebot, um das Angebot stetig attraktiver zu gestalten und somit den Energieverbrauch im Verkehrssektor zu reduzieren.

7. Die Nutzung regenerativer Energiequellen wird in Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Energieversorger planerisch und praktisch mit allen Mitteln gefördert.

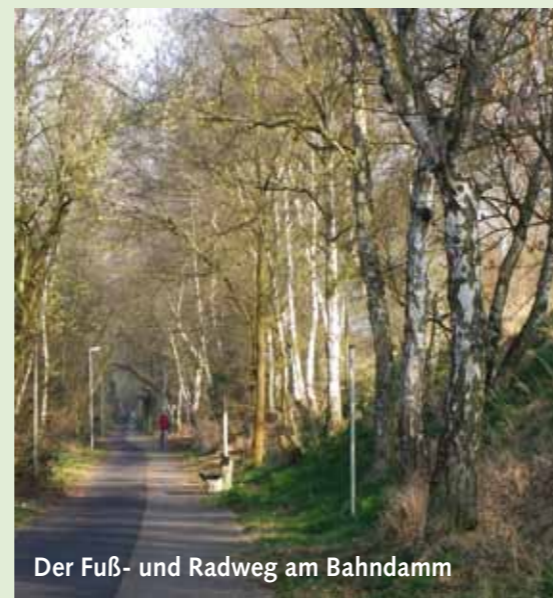
8. Die Umsetzung aller Ziele und Maßnahmen wird von Anfang an im engen Kontakt mit der Bevölkerung angestrebt.

9. Für die Nutzung der Abwärme der Firmen auf dem Zanders-Gelände wird für Bergisch Gladbach-Stadtmitte ein Nahwärmenetz errichtet.

**Kostenbilanz**

Es ist erwiesen, dass die Vorteile der Gebäudeisolation, der dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen und der dezentralen Nutzung regenerativer Energiequellen so wirksam sind, dass mittelfristig ein Ausgleich zwischen Investitionskosten und dem erzielten Nutzen eintritt. Langfristig steigen die Preise für die endlichen Energieträger Kohle und Öl, während die Stromproduktion aus regenerativen Quellen stetig sinkt. Durch mehr regionale Produktion ergibt sich zudem eine höhere Wertschöpfung für BürgerInnen und Firmen vor Ort und damit ein Plus bei den städtischen Steuereinnahmen.

Im Verkehrsbereich ist der volkswirtschaftliche Nutzen ad hoc größer als die Kosten: Bei Vermeidung von 10% aller KFZ-Fahrten im Stadtgebiet entfielen ca. 54 Mio. KFZ-km pro Jahr. Bei Kosten von durchschnittlich einem Euro pro km würde dies zu sofortigen Einsparungen von 54 Mio. Euro pro Jahr in den Privathaushalten und den Firmen führen. Dem stünden Mehrkosten von etwa 10 bis 15 Mio. Euro pro Jahr für die Nutzung und die Subventionierung des Öffentlichen Nahverkehrs und für den Ausbau der Rad- und Fußwege gegenüber.



Der Fuß- und Radweg am Bahndamm

**Wir stehen für eine nachhaltige Wirtschaftspolitik**



Maik Außendorf

**Rahmenbedingungen**

Bergisch Gladbach entwickelt eine beachtliche wirtschaftliche Eigendynamik am Ostrand der Stadtregion Köln-Leverkusen. Die Raumplanung des Landes NRW stuft sie als Mittelstadt ein. In dieser Lage hat die Stadt Anteil an den Vorteilen der Stadtregion, pflegt aber auch ihre Verbindungen ins Bergische Land.

Bergisch Gladbach wird von vielen Wirtschaftszweigen des produzierenden Gewerbes, sowie des Dienstleistungssektors als attraktiver Standort angesehen. Die Nachfrage nach Gewerbeflächen beinhaltet das Risiko, dass dem Druck, neue Gewerbeflächen am Stadtrand auszuweisen, auf Kosten des Wohn- und Freizeitwertes nachgegeben wird. Viele Betriebseigner und Einkommenssteuerzahler haben sich aber gerade wegen dieser Vorteile in Bergisch Gladbach angesiedelt. Die Wirtschaftspolitik in Bergisch Gladbach muss daher zwischen sehr unterschiedlichen Interessen vermitteln, ohne dass auf einen Interessenausgleich zwischen ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten verzichtet wird.

Neben der klassischen Infrastruktur spielt eine flächendeckende Versorgung mit leistungsfähigen Internet Zugängen eine zunehmend wichtige Rolle. Dies gilt sowohl für Firmen- als auch für private Anschlüsse. Letztere spielen eine wichtige Rolle für Heimarbeitsplätze, aber auch für die Teilhabe an Bildungs- und

Informationsangeboten im Internet. Die Stadt beeinflusst als Auftraggeber für Dienstleistungen, Materialbeschaffungen und Baumaßnahmen wesentlich die regionale Nachfrage. Ihr kommt dementsprechend auch eine Verantwortung bei der Definition von sozialen und ökologischen Kriterien im Rahmen ihrer Beschaffungstätigkeit zu.

**Ziele**

1. Die qualitative Entwicklung der Wirtschaft erhält oberste Priorität. Dies bedeutet vor allem, dass eine gute Mischung von Unternehmen verschiedener Größe und verschiedener Branchen angestrebt wird. Auf eine hohe Arbeitsplatzdichte ist bei der Neuan siedlung von Betrieben zu achten, damit die nur begrenzt vorhandenen Gewerbeflächen effizient genutzt werden.

2. Als oberstes Leitbild für den Standort Bergisch Gladbach wird die „Gewerbe- und Wohnstadt im Grünen“ angestrebt.

3. Die Ansiedlung ökonomisch und ökologisch zukunftsorientierter Branchen wird gefördert.

4. Die Zielgruppe der Unternehmensgründerinnen und Unternehmensgründer wird besonders gefördert.

5. Arbeits- und Wirtschaftsförderung werden miteinander verknüpft.

6. Die „harten“ Standortfaktoren (Flächen, Verkehrswege etc.) werden gepflegt und ökologisch verträglich entwickelt.

7. Die „weichen“ Standortfaktoren (Wohn- und Freizeitwert) werden in den Mittelpunkt der Standortpflege und Standortentwicklung gestellt.

8. Flächendeckender, schneller Internet-Zugang wird stadtweit vorange trieben.

**Maßnahmenkatalog**

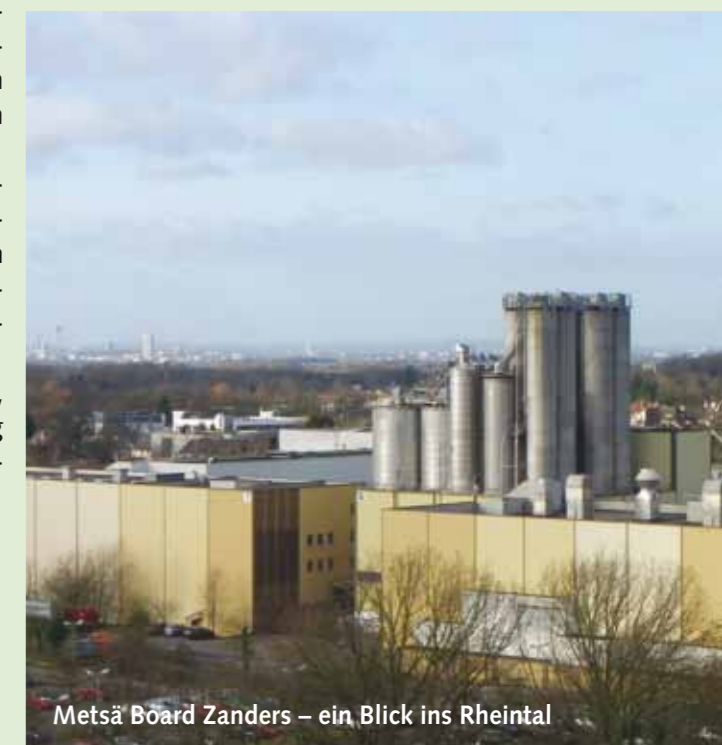
1. Die Stadt verbessert den Service für die Wirtschaft. Zu diesem Zweck betreibt sie über den Stadtentwicklungsbetrieb eine aktive Gewerbeflächen- bzw. Gewerbegebäudepolitik. Priorität hat die Reaktivierung von Gewerbebrachen. Auf unseren Antrag hin, hat der Stadtentwicklungsbetrieb 2013 begonnen, Brachflächen systematisch zu bewerten und zu entwickeln. Dieses Vorgehen werden wir weiter fördern und fordern. Bestehende und zukunftsfähige Gebiete werden erhalten und durch Bebauungspläne gesichert. Es wird ein Gewerbe- und Gewerbeflächenkataster erstellt und ständig auf dem neuesten Stand gehalten. Die allgemeine Gründungsberatung, aber auch die technologieorientierte Beratung, wie sie bisher im Technologiezentrum praktiziert wird, wird weiter intensiviert.

2. Eine Verdichtung der Nutzung der bestehenden Gewerbegebiete wird angestrebt. Zu diesem Zweck soll die Mehrgeschossigkeit sowie die Nutzung bisheriger Parkplätze gefördert werden. Fehlnutzungen in Industriegebieten, z.B. durch Betriebe des Dienstleistungs- und Handelsbereiches, aber auch durch Wohnnutzungen, sollen korrigiert werden.

3. Ortsansässige Unternehmen werden in der Regel bevorzugt gefördert.

4. Alle Formen der Wiedereingliederung Arbeitsloser in den Arbeitsprozess werden aktiv gefördert.

5. Alle größeren Gewerbegebiete behalten bzw. erhalten einen Gleisan-



Metsä Board Zanders – ein Blick ins Rheintal

schluss. Darüber hinaus beteiligt sich die Stadt an einer zukunftsweisenden Güterlogistik. Hierzu fordern wir die Erstellung eines Fachgutachtens, das neue Wege der Güterlogistik für Bergisch Gladbach erarbeitet und Vorschläge zu ihrer Umsetzung macht.

**6.** Eine energie- und ressourcenschonende Produktion wird durch ein Stoff- und Energiemanagement gefördert.

**7.** Wir legen Schwerpunkte bei der inhaltlichen Ausrichtung der Gewerbegebiete. So soll der Schwerpunkt im Gebiet „An der Bahn“ und im Bereich BAST in Bensberg auf dem Sektor „Automotive“ liegen, im Gebiet Gronauer Kreisel auf dem Sektor IT und am S-Bahnhof in GL auf dem Schwerpunkt nicht störender Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe. So können bereits vorhandene Stärken ausgebaut werden.

**8.** Die städtische Wirtschaftsförderung berücksichtigt bei der Förderung und Beratung auch soziale, ökologische und Nachhaltigkeitskriterien. Für den Verkauf oder die Verpachtung städtischer Grundstücke zur wirtschaftlichen Nutzung werden diese Kriterien bei der Auswahl konkurrierender Angebote maßgeblich berücksichtigt.

**9.** Bei der Ausschreibung und Vergabe von städtischen Aufträgen werden soziale und ökologische Kriterien explizit berücksichtigt.

**10.** Der Stadtentwicklungsbetrieb erstellt einen Handlungsplan zur stadtweiten Erschließung mit schnellen Internet-Zugängen. Dazu werden nach Möglichkeit Fördermittel eingeworben.

#### Kostenbilanz

Die Einnahmen aus der Gewerbesteuer und der Einkommenssteuer müssen langfristig gesichert bzw. gesteigert werden, um Ausgaben für ökonomische, ökologische und soziale Zwecke finanzieren zu können. Dies ist auf dem Wege einer Intensivierung der Flächen-nutzung möglich. Anfallende Kosten werden über die Einnahmen mittelfristig wieder zurückfließen. Die eigene unternehmerische Tätigkeit der Stadt soll dabei begrenzt bleiben.

## Wir stehen für eine solide, nachhaltige Finanzpolitik



Dr. Peter Baeumle-Courth

#### Finanzen

##### Rahmenbedingungen

Die Finanzsituation der Stadt Bergisch Gladbach hat sich in den vergangenen Jahren nicht substantiell gebessert. Der Haushalt der Stadt Bergisch Gladbach bewegt sich aktuell im Rahmen eines sog. Haushaltssicherungskonzeptes (HSK), in dem ein struktureller Ausgleich bis spätestens 2022, möglicherweise bereits früher, geplant wird.

Es ist jedoch erkennbar, dass die Stadt Bergisch Gladbach es in den letzten Jahren nicht geschafft hat, Ausgaben und Einnahmen ins Lot zu bringen. Für die Zukunft bestehen für den Haushalt der Stadt erhebliche weitere Risiken – u.a. durch die sehr optimistischen Annahmen, die das HSK bei den Gewerbesteuererinnahmen vorsieht. Auch eine realistische Kostenrechnung, die Mieten und Abschreibungen vollumfänglich berücksichtigt, führt dazu, dass die Planzahlen des HSK für die nächsten Jahre sehr ungewiss erscheinen.

Die Ausgabenseite wird u.a. durch teure Infrastruktur beeinflusst. Durch Projekte wie die U-Bahn in Bensberg, die flächenverbrauchende Siedlungspolitik der vergangenen Jahrzehnte, sowie das breite Angebot an öffentlichen Einrichtungen wie z.B. den Schwimmbädern, Sportanlagen und Museen entstanden hohe Kosten. Der Unterhalt der bestehenden Bausubstanz wurde sehr lange Zeit stark vernachlässigt. Gebäude und

Straßen in der Stadt Bergisch Gladbach weisen daher einen erheblichen Sanierungsstau auf. Dies liegt auch daran, dass das alte Haushaltsrecht (die sog. Kameralistik) die wahren Kosten der nicht gebührenpflichtigen städtischen Aktivitäten lange Zeit verschleiert hat.

Neben den Faktoren, die innerhalb der Stadt Bergisch Gladbach Auswirkungen auf die finanzielle Situation und den Haushalt haben, müssen Aufgaben, die von Land oder Bund an die Kommunen delegiert werden und die grundsätzlich oder in ihrer konkreten Form erhöhte oder neue Kosten für die Stadt nach sich ziehen, gemäß dem sog. Konnexitätsprinzip auch von Land oder Bund finanziert werden. Dafür setzt sich die Stadt Bergisch Gladbach u.a. im Rahmen ihrer Mitgliedschaft im Städte- und Gemeindebund tatkräftig ein.

Die Einnahmeseite wird im Wesentlichen von Anteilen an Bundes- und Landessteuern, sowie von Gemeindesteuern, Abgaben und Gebühren bestimmt. Dabei sind unter den Hauptsteuerarten lediglich die Gewerbe- und die Grundsteuer solche, bei denen die Stadt über Hebesätze direkten Einfluss auf diese Einnahmen besitzt. Von Relevanz sind daneben die Anteile, die die Stadt Bergisch Gladbach aus der Einkommenssteuer erhält.

Bergisch Gladbach liegt in einem großen und wohlhabenden Ballungszentren Deutschlands. Dennoch lagen die Hebesätze der Gemeindesteuern bis Ende der 90er Jahre so niedrig wie fast nirgendwo in NRW. Bergisch Gladbach benötigt für die Zukunft verlässliche Einnahmen, damit notwendige Ausgaben finanziert werden können, ohne immer tiefer in die Verschuldung zu geraten. Gewerbe- und Grundsteuer sowie die Anteile der Einkommenssteuer müssen langfristig gesichert werden; hierbei kann eine dynamische, bedarfsorientierte Anpassung der Hebesätze für die Gewerbe- und die Grundsteuer eine sinnvolle Maßnahme sein.

#### Ziele

**1.** Alle Ausgaben werden auf der Grundlage der vom Land für den Haushaltsaufbau vorgeschriebenen Zielliste beschlossen.

**2.** Zu allen Projekten der städtischen Infrastruktur werden stets Alternativen durchgerechnet, so dass der Stadtrat sachgemäße Entscheidungen treffen kann.

**3.** Einnahmen und Ausgaben sollen möglichst vor dem im HSK 2022 formulierten Ziel bereits ausgeglichen werden.

#### Maßnahmen

**1.** Die bisherige Praxis der Veräußerung städtischen Vermögens zur Verbesserung der Einnahmesituation wird gestoppt.

**2.** Bei der Bauleitplanung werden die sozial verträgliche Bodennutzung und die damit verbundenen Einnahmen zur Regel.

**3.** Sämtliche Ausgabenbereiche werden ebenfalls betriebswirtschaftlich kalkuliert und über sogenannte „Kenn-daten“ kontrollier- und vergleichbar dargestellt. Das heißt, dass bei allen Beschlüssen den Rats- und Ausschussmitgliedern die Gesamtkosten sowie ggf. die Einheitskosten bei den verschiedenen zur Abstimmung gestellten Alternativen transparent sind.

**4.** Bei allen Planungen bzw. Maßnahmen werden vor der Beschlussfassung im Rat alle sinnvollen Varianten zur Lösung der gesteckten Ziele von der Verwaltung erarbeitet und in ihren finanziellen Auswirkungen dargestellt.

**5.** Subventionen und Bürgschaften werden zeitlich, räumlich und/oder personell begrenzt.

**6.** Die Parkraumbewirtschaftung wird mindestens kostendeckend durchgeführt. Eventuelle Überschüsse sind auch zur Förderung anderer Verkehrsmittel (Fahrrad, Bus, Bahn) einzusetzen.

**7.** Bei jeder Investition und Infrastrukturmaßnahme ist von Anfang an der erforderliche Unterhaltungsaufwand in den Haushalt der Stadt oder des betreffenden Betriebes einzustellen.

## Bergisch Gladbach braucht eine moderne, bürgernahe Verwaltung, die in Kriterien der Nachhaltigkeit denkt und handelt.



Dr. Cornelia Rüdig

logien, Stichwort „E-Government“, hat Bergisch Gladbach einen guten Standard erreicht. Die Anstrengungen sollten mit dem Ziel, die internetgestützten Dienstleistungen und Informationen auszuweiten, fortgeführt werden.

#### Hauptziele:

Wir haben im Bereich der Verwaltung vorrangig folgende Ziele:

**1.** Die Kommunalverwaltung der Zukunft ist für uns eine Verwaltung, die mit modernen Arbeitsmitteln ausgerüstet, wirtschaftlich und effizient eine optimale Dienstleistung für die Bürgerschaft erbringt. Sie soll ein attraktiver Arbeitgeber sein. Deshalb ist der Technikeinsatz, in geeigneten, barrierefreien Räumlichkeiten und an zentraler Stelle besonders zu unterstützen.

**2.** Bei der Besetzung von Führungspositionen in der Stadtverwaltung ist anzustreben, dass mittel- bis langfristig ein Proporz bei allen Führungsstellen entsteht. Wir sehen es sehr kritisch, dass zurzeit von acht Fachbereichsleitungen nur zwei mit Frauen besetzt sind.

**3.** Zukunftsorientierte Personalpolitik Nach einem umfangreichen Stellenabbau seit Mitte der Neunzigerjahre soll nunmehr eine Konsolidierungsphase eintreten, die sicherstellt, dass die teilweise überalterte Verwaltungsstruktur auch in den nächsten Jahrzehnten tragfähig bleibt. Viele ältere, erfahrene Verwaltungsmitglieder gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand. Schon jetzt sollte ein Konzept aufgestellt werden, welches sicherstellt, dass die vorhandene Sach- und Lebenserfahrung für die Kommunalverwaltung gesichert bleibt und sukzessive in jüngere Hände übergeht. Es sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die Verwaltung wieder als Arbeitgeber bei jungen Menschen attraktiv zu machen.

#### Bestandsaufnahme:

Die Stadtverwaltung entwickelt sich zu einem bürgernahen Dienstleistungszentrum. Dennoch gibt es an vielen Stellen Veränderungsbedarf.

Die vergangenen Jahre standen unter einem starken Kostendruck, der zu deutlichem Personalabbau geführt hat. So wurde die Mitarbeiterzahl der Stadtverwaltung von über 1400 (90er Jahre) auf aktuell rd. 1070 gesenkt. Teilweise wurden wichtige freiwerdende Stellen nicht oder erst sehr spät wiederbesetzt, was zu Belastungen des verbliebenen Personals und zur Verlängerung in der Bearbeitungszeit führte.

Es ist angesichts der Notwendigkeit, das Haushaltssicherungskonzept bis zum Jahr 2022 umzusetzen, ein vernünftiger Kompromiss zwischen Sparsamkeit und Personaleinsatz für die anstehenden Aufgaben notwendig. Ein Zurückfallen in den Nothaushalt muss unter allen Umständen verhindert werden. Dabei sollte auch der Verzicht auf Aufgaben diskutiert werden. Sparen bei zeitgleicher uneingeschränkter Aufrechterhaltung von Verwaltungs-Dienstleistungen wird dauerhaft nicht möglich sein.

Gleichberechtigung von Frau und Mann ist in unserem Rechtsstaat eine Selbstverständlichkeit; dennoch sind in der Führungsetage der Stadtverwaltung nach wie vor Frauen unterrepräsentiert. Im Bereich moderner Techno-

Die Verwaltung als Teil des öffentlichen Dienstes sollte eine Vorreiterrolle in Bezug auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf einnehmen. Für ältere Mitarbeiter sollte es ausreichende Möglichkeiten für Altersteilzeitregelungen geben.

4. Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF) haben viele betriebswirtschaftliche Elemente in die Kommunalverwaltung Einzug genommen. Ebenso wie Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung muss auch das Beteiligungs- und Investitionscontrolling weiter entwickelt werden. Dabei sind Aufwand und Nutzen des Controllings kritisch zu beobachten.

5. Die Verwaltung geht zu den Menschen: Dezentrale Dienstleistungen bringen die Verwaltung in die Stadtteile und zu den einzelnen Menschen.

6. Mit Erweiterung der modernen E-Government-Struktur: Neben der klassischen Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern müssen auch die Möglichkeiten des Internets sinnvoll genutzt werden (z.B. auch Facebook).

**Maßnahmen**

Hierzu sind u.a. folgende Maßnahmen sinnvoll:

1. Die erfolgreichen eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen Abwasserwerk, Abfallwirtschaftsbetrieb und Immobilienbetrieb sollen erhalten bleiben. Der bisher erfolgreich arbeitende Stadtentwicklungsbetrieb sollte durch die Zuweisung weiterer Aufgaben, beispielsweise der Parkraumbewirtschaftung, gestärkt werden.

2. Die Besetzung von Leitungspostionen sollte regelmäßig dazu verwendet werden, das Gerechtigkeitsdefizit auszugleichen, d.h. Frauen sind vorrangig für Führungspositionen auszuwählen. Darüber hinaus ist Gendergerechtigkeit in allen Bereichen der Verwaltung anzustreben.

3. Zur Bereitstellung guter Dienstleistungen für die Bürgerschaft gehört auch das Vorhandensein ordentlicher, barrierefreier Gebäude, in denen die Arbeit der Stadtverwaltung effizient organisiert werden kann. Aus diesem



Das marode, sanierungsbedürftige alte Stadthaus, oder Neubau am Bahnhof?

Grunde unterstützen wir die Überlegungen hinsichtlich der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in den Stadthäusern und der Stadtbibliothek. Hier sollte kurzfristig die Entscheidung getroffen werden, ob und in welcher Form eine Sanierung der alten Stadthäuser und der Stadtbibliothek (Forum) möglich ist. Auch die Möglichkeit eines neuen, gemeinsamen Standortes im Bereich S-Bahnhof sollte erwogen werden. Dabei sollte auch das Stadtarchiv mit einbezogen werden. Dabei gehen wir davon aus, dass die öffentlichen Gebäude die modernen Standards der Energieeffizienz erfüllen und damit glaubwürdig die Inhalte einer umweltschonenden Politik repräsentieren sollen.

4. Schaffung von betrieblichen Ausbildungsplätzen und wo möglich auch über den eigenen Bedarf hinaus. Aber auch: zügige Neueinstellungen bei frei werdenden Schlüsselpositionen, damit wichtige Aufgaben nicht liegenbleiben!

5. Konkrete Controlling-Instrumente zur Erfolgsmessung und zur Vergleichbarkeit von Leistungen sind weiter zu verbessern.

6. Damit die Verwaltung zu den Menschen kommt, werden bedarfsgerecht dezentrale Bürgerbüros und Bürgerdienste fortgeführt; dabei werden auch die über das Internet angebotenen Dienstleistungen sukzessive erweitert und verbessert.

7. Das derzeit vorhandene Ratsinformationssystem soll verbessert, stets zeitnah aktualisiert und in der Bevölkerung bekannt gemacht werden. Dies führt zu mehr Transparenz in der Bevölkerung und weckt das politische Interesse der Bürgerschaft.

8. Bei Entscheidungsvorlagen für Rat und Ausschüsse sind stets auch Alternativen zu berücksichtigen und in einer nachvollziehbaren, vergleichenden Bewertung einander gegenüberzustellen.



Die S-11 bei Nacht



1. Edeltraud Schundau



2. Dirk Steinbüchel



3. Annemie Scheerer



4. Dr. Peter Baeumle-Courth



5. Sarah Bähler



6. Maik Außendorf



7. Theresia Meinhardt



8. Dr. Ulrich Steffen



9. Dr. Cornelia Rüdiger



10. Dirk Weber

**Kontakt Grüner Treff:**  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Ortsverband Bergisch Gladbach  
 Paffrather Straße 84  
 51465 Bergisch Gladbach  
 Telefon: 02202-25 78 74  
 info@gruene-bergischgladbach.de  
 www.gruene-bergischgladbach.de

**Kontakt Fraktion:**  
 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
 Fraktion Bergisch Gladbach  
 Konrad-Adenauer-Platz 1  
 51465 Bergisch Gladbach  
 Telefon: 02202-14 22 42  
 gruenefraktion.gl@gmx.de  
 www.gruene-bergischgladbach.de

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Ortsverband Bergisch Gladbach  
Paffrather Straße 84  
51465 Bergisch Gladbach  
Telefon: 02202 -25 78 74  
E-Mail: [info@gruene-bergischgladbach.de](mailto:info@gruene-bergischgladbach.de)  
Internet: [www.gruene-bergischgladbach.de](http://www.gruene-bergischgladbach.de)



V.i.S.d.P: Sarah Böhner, Dirk Steinbüchel